

**Die "Völkwacht"**  
erscheint wöchentlich 6 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Käthe Graupestr. 6/8,  
und durch Postleute zu bestreichen.  
Preis vierterliebst. Mf. 2.50,-  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Postbezirke Mf. 2.50,-  
selbst ins Haus Mf. 2.92,-  
wo keine Postamtskasse Mf. 3.84,-

Telephon  
Redaktion 3141.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unterstand 1909! Beträgt  
der Betrag der Abreise 60 Pf.  
Wiederholte Abreise 40 Pf.  
Postleute für Arbeitsmarkt 18 Pf.  
Bürokrat. 18 Pf.  
Vertriebene Versammlung 18 Pf.  
Postleute für die nächste Rundschau  
wurden die Vermittlung nicht in der  
Rundschau abgegeben werden.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 133.

Breslau, Donnerstag, den 11. Juni 1914.

25. Jahrgang.

## Es geht uns zu gut!

Der Herr Generalfeldmarschall, der dem Jungdeutschlandbund mit Trompetenschall voranreitet, Frhr. v. d. Goltz, hat ein neues Buch geschrieben: „Im Zeitalter Wilhelms des Siegreichen“, aus dem die bürgerliche Presse spaltenlange Reklameauszüge veröffentlicht. Danach handelt es sich in diesem Buche keineswegs bloß um eine glorifizierung geschichtlicher Kriegstaten, sondern vielmehr um eine Verherrlichung des Krieges an sich, jenes Krieges, den man nur führt, um eben Krieg zu führen, weil man den faulen Frieden nicht mehr ertragen kann. Seit 43 Jahren hat Deutschland keinen Krieg mehr geführt, und das hält die gute Seele einfach nicht mehr aus. Die Infolge des langen Friedens eingetretene Zustände sind unerträglich. Deutschland plagt förmlich vor Wohlleben, es ist das Land geworden, wo Milch und Honig fließt, und der Herr Feldmarschall sehnt den schönen Tag herbei, wo wieder Blut fließt und Gehirnmassen verspritzen. Aber hören wir ihn selbst:

Wir sind über schnell reich geworden und haben angefangen, für unseren Besitz zu fürchten. Der steigende Wohlstand hat eine Verbesserung der Lebenshaltung im deutschen Volke hervorgerufen. Das geht nicht bloß in den oberen Schichten der Gesellschaft, sondern genau ebenso, ja vielleicht noch mehr, in den unteren Klassen der Bevölkerung. Genussucht und Verwöhnung treten nun auf. Die gedankenlose Lehre vom Recht der Persönlichkeit, die sich ein jeder nach seinem Bedenken auslegt, hat diesen Prozeß beschleunigt. Von ihren Plänen spricht man den Massen des Volkes nicht mehr, weil sie es nicht gern hören, sondern nur von ihren Rechten, mit dem Glauben, daß man in Gefahr ist, es sich aufzugeben zu lassen, somit allgemein die Verweichung und das Gefühl, daß es gar nicht anders sein könnte. Wichtiges Ausgehendes Sozialpolitik, ein über das Maß hinausgehendes Versicherungswesen, schlägt jeder Mann vor, kommt in Ungemach, entwöhnt von dem Gedanken an ein mögliches schweres Los, an Selbstlosigkeit und Vertrauen auf die eigene Kraft. Weder Erziehung noch Anstrengung greifen aber Körper und Geist so sehr an, wie eine begrenzte orgiastische Lebensweise, die in Deutschland leider vielfach Tatsache ge worden ist. Sie entnekt vor allem die Charakter.

Also: wir brauchen Krieg, denn es geht uns zu gut. So macht unser Imperialismus die seltsamsten Gedankenforscher. Früher wurde uns gesagt, daß deutsche Volk erschien in der Enge des ihm zugewiesenen Raumes, und der Krieg, der das größere Deutschland bringt, sei notwendig zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung. Jetzt erfahren wir wieder einmal — nicht zum erstenmal — umgekehrt, daß wir den Krieg brauchen, um das überflüssige Fett loszuwerden, daß wir in der langen Friedenszeit angesezt haben. Wir brauchen den Krieg, damit es uns wieder schlechter geht.

Man könnte einwenden, daß sich das vom Herrn Feldmarschall angestrebte Ziel auf einfacher Weise erreichen läßt. Man wende doch die Entfestigungskur bei solchen Leuten an, die sie besonders nötig haben. Man entlaste sie, die „überschnell reich geworden“ sind und die angefangen haben, „für ihren Besitz zu fürchten“, von dem drückenden Überfluß. Man sehe die Gehälter der hohen Beamten und Offiziere herab, damit nicht „Genussucht und Verwöhnung“ noch weiter um sich greifen. Man versege die bestigenden Klassen für ein paar Jahre in die Lage der Arbeiter, damit sie Gelegenheit haben, sich über die Herrlichkeit unserer Zustände ein zutreffendes Urteil zu bilden.

Merkwürdiger Weise aber richtet sich der Eifer unseres Kriegsphilosophen gar nicht gegen das Wohlleben der oberen Zehntausend, sondern gegen die „Genussucht und Verwöhnung“ der unteren Klassen. Grade um sie zeigt sich der Menschenfreund ganz besonders besorgt, daß nicht die hohen Löhne, die billige Lebenshaltung und die über das Maß hinausgehenden Versicherungsrenten ihrem Charakter gefährlich werden könnten. Da nun der Krieg unzweifelhaft Arbeitslosigkeit, Hungersnot, Brotlösigkeit von Hunderttausenden ihrer Ernährer beraubten Familien mit sich bringt, kann man dem Freiherrn v. d. Goltz nur recht geben, daß das von ihm empfohlene Mittel gegen das von ihm behauptete Übel durchaus zweckmäßig ist. Alle Arbeiter, Beamte, Geschäftslute etc., die davon überzeugt sind, daß es ihnen viel zu gut geht, werden dem Feldmarschall unbedingt zugeben müssen, daß der Krieg das allerbeste Mittel ist, sie und ihre Familien von diesem Leid eines überflüssigen Wohllebens zu befreien.

Wenn es einmal glücklich soweit ist, daß Hunderttausende als Leichen auf den Schlachtfeldern verweszen, Hunderttausende als Krüppel heimkehren, Frauen und Kinder nach ihren Ernährern schreien, dann kann der Feldmarschall Freiherr v. d. Goltz sagen: Es ist erreicht!

Wir aber wissen jetzt aus berufsem Munde, in welchem Geiste die Jugend des deutschen Volkes im Jungdeutschlandbund erzogen werden soll. Es ist der Geist nicht etwa jener Deutschen vom Schlag Immanuel Kant's, denen der ewige Friede als höchstes Menschheitsideal erschien, sondern es ist der Geist der Hunnen und Tataren, der Geist Attilas und Dschingischans. Das Buch des Freiherrn von der Goltz wird voraussichtlich in alle Sprachen der Welt übersetzt werden, um zu zeigen, bis zu welcher Kulturföhre es das deutsche Volk im 20. Jahrhundert gebracht hat. Und

alle Feinde Deutschlands werden nicht mit Unrecht sagen, daß ein Volk, mit solchen Anschaungen inmitten Europas sitzen, als eine Gefahr für die Zivilisation bezeichnet werden müßte.

Es wäre der schlimmste Schaden für das deutsche Volk, wenn die Welt glaubte, es denke vom Kriege ebenso wie sein fanatischer Verherrlicher und Apostel, der preußische Feldmarschall Freiherr v. d. Goltz.

## Der Generalstreik in Italien.

### Angeholtene Eisenbahnzüge.

Ganz Italien erzittert unter der Wucht des Generalstreiks, der als Protest gegen die Morde in der Catacombi in Ancona verübt und in allen Städten des Königreiches ausgebrochen ist. Wie ein Feuer ist die Gewölkung ausgetragen und die Funken sprühen im ganzen Lande und zünden überall. Am Sonntag waren allerorts Volksversammlungen einzuschreiten, um gegen die Strafkompanien im Heere und für die Opfer des Militarismus zu demonstrieren; die Regierung hat nun, wie heute Salandra in der Kammer zugestand, eine Institution herausgegeben, die Versammlungen in allen Orten zu verbieten. Das war wohl die schärfste Maßregel, die sie unternehmen konnte. Tatsächlich ist in den meisten Orten das Meeting trotzdem abgehalten worden, zum Teil in der Form nichtöffentlicher Versammlungen, zum Teil aber in der Form öffentlicher Aufzüge und Umzüge, an die sich erregte Reden anschlossen. Es zeigte sich, daß alte Bild: daß die Demonstranten, denen man das Versammlungssofal verbietet, dadurch nur auf die Gasse gedrängt werden. So war es auch in Ancona, jener Stadt, die in ihren Mauern vor kurzem den Verlauf des sozialistischen Kongresses erblickt hatte. Die Demonstranten hielten dort eine geschlossene Versammlung und zogen nach Schluss durch die Stadt. Die aufgebotene Soldatesca stellte sich ihnen entgegen, und in wenigen Minuten sausten die Schüsse, die drei Jünglinge töteten und fünf weitere schwer verletzten. Daß die Schieferet ohne jeden Grund, nur aus feinem Hass gegen die Demonstranten, erfolgte, hat der Ministerpräsident selbst zugegeben, indem er mitteilte, daß die, die ohne Auftrag geschossen, verhaftet und dem Strafgericht eingeliefert worden sind. Die Wutat von Ancona hat das italienische Proletariat nun mit namenloser Empörung erfüllt. Die Worte des Generalstreiks, als des Sichtbaren Protests gegen das Wüten und Morden, wurde mit leidenschaftlicher Haft aufgegriffen. Am Dienstag hat sich der Protestbewegung auch das Eisenbahnpersonal angeschlossen, und der gesamte Verkehr ist der größten Störung ausgesetzt. Wir vernehmen, daß sich Frauen auf die Gleise stürzen, auf denen die Wagenzüge herankommen. Eine gewaltige Säuberung wird offenbar, die in die Tiefe reicht, und die der Welt zeigt, wie die Volksstimme in dem Lande des Siegreichen Krieges in Libyen beschaffen ist. Für ihre eigentliche Beschaffenheit spricht ausreichend die Tatsache, daß die Bewegung aus einer antimilitaristischen Demonstration erwachsen ist.

Wenn man die Minister hört, die bürgerlichen Zeitungen liest, so könnte man zu der Meinung verführt werden, ganz Italien sei von den Alternheiten in Durazzo gefangen genommen und die Ränke zwischen Österreich und Italien in dem unmöglichen Albanerstaat wären der Hauptinhalt seiner Interessen. Aber diese Streikbewegung, mit der das Volk auf die nichtsahnigen Provokationen der Soldatesca antwortet, die glühende Leidenschaft dieses Protestes zeigt uns, daß die arbeitenden Massen der Ausplunderung der Nation zu den Zwecken imperialistischen Kriegeswahns überdrüssig sind; dieser überwältigende Ausdruck des Unmuts und der Verbitterung sagt den Mächtigen, was sie anfangen, wenn sie auf der Bahn der Rüstungen, der Vergewaltigung des Volkes für den herrschenden Klüngel fortschreiten sollten.

### Die Ausbreitung des Streiks.

Am 9. Juni. Der allgemeine Ausstand zum Protest gegen die Soldaten in Ancona ist auch in Forli, Modena, Parma, Bologna, Vispa, Reggio di Emilia und in Novara proklamiert worden. In mehreren dieser Städte ist der Streik nur partiell. Die Ruhe und Ordnung ist im allgemeinen gesichert. Ernstige Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. In Bologna kam es zu mehreren Zwischenfällen. Ein Polizeiauto wurde ziemlich schwer verletzt. Mehrere Streikende, die bei Gewalttätigkeiten ergriffen wurden, wurden verhaftet, wobei die Menge ihrer Billigung lebhaften Ausdruck gab. In den anderen Städten herrscht vollständige Ruhe.

Ancona, 10. Juni. Der heutige Morgen verlief ruhig. Der Ausstand ist vollständig und daher an den vormittags beabsichtigten die Eisenbahndirection zwei mit Soldaten bewaffnete Züge abgesenzen zu lassen. Die Züge mussten wegen des auf offener Strecke von den Ausständigen angesetzten Schadens zurückfahren. Die Kreuzer Vispa, San Giorgio und Argonaut und drei Torpedobootszerstörer sind in Ancona angekommen.

### Beruhigungsposten.

Rom, 9. Juni. Trotz des Generalstreiks ist der Eisenbahnbetrieb in fast ganz Italien normal. Nur zwischen Ancona und Bologna ist die Bahngleise bei Fabriano, Imola und Faenza beschädigt und der Verkehr unterbrochen. Der gestrichene Abend verlief in allen großen Städten ohne besondere Zwischenfälle. Heute vormittag verkehrten in Genua Automobile und Fahrräder. Alle Ladens waren geöffnet. Auch in Turin waren nicht alle Geschäfte geschlossen. In Neapel bat der Streik erst begonnen, aber die Straßenbahn verkehrte und die meisten Ladens sind geöffnet. Der Versuch, die Arbeiter im Eisenbahntunnel bei Grazie zum Aufstand zu veranlassen, ist durch die Polizei vereilt worden. Mehrere Personen wurden verhaftet.

### Neue Opfer.

Neapel, 10. Juni. Manifestanten bewarben Artilleristen, die ein Eisenbahndepot bewachten, mit Steinen und verletzen einige, auch wurden vier Revolverschüsse abgefeuert. Die Artilleristen antworteten mit Gewehrschüssen in die Luft. Im Handgemenge wurde ein Manifestant getötet, die übrigen flohen.

Rom, 10. Juni. In Palermo ist heute Nacht der Generalstreik proklamiert worden. Der Ausstand ist bisher nur teilweise durchgeführt worden. In Turin fand eine Versammlung vor der Arbeiterkammer statt. Trotz des Regens nahmen mehrere Tausend Personen teil. Nachdem mehrere Reden gehalten waren, bildeten die Versammlten einen Zug, der durch die Straßen zog und sich ohne nennenswerte Zwischenfälle auflöste.

Florenz, 10. Juni. Etwa 3000 Personen sind in der Umgebung der Arbeiterkammer versammelt, wo sie über die Bedeutung der gestern getöteten Sabaten berieten. Als aus der Menge Revolverschüsse gegen die Truppen abgefeuert wurden, feuerten diese. Ein Mann wurde getötet und mehrere verletzt.

### Der Ministerpräsident berichtet.

Am 10. Juni. Ministerpräsident Salandra richtete an die Präfekten ein Rundschreiben, in dem er auffordert, ihren ganzen Einfluß aufzuzeigen, um eine Wiederholung der Vorfälle der letzten Tage zu verhindern. Die Regierung sei keines Menschen Feind. Sie müsse ihre Pflichten erfüllen, deren erste die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sei, aber wenn zur Aufrechterhaltung die Anwendung von Gewalt notwendig werde, sollte nur mit größter Vorsicht und Klugheit vorgegangen werden. Die Regierung vertraut, bei der Wiederherstellung der Ruhe bei allen wertvollen Bürgern Unterstützung zu finden.

### Beendigung des Ausstandes?

Am 10. Juni. Der Sekretär des allgemeinen Arbeiterverbands richtete an alle dem Verband angehörende Arbeiterkammern ein Rundschreiben, in dem die Einstellung des Ausstandes vor Mitternacht gefordert wird.

### Ein Blutbad in Rom?

Am 10. Juni. (G. L. B.) In der Nähe der Arbeiterkammer errichteten die Streikenden drei Baracken aus Stein und Sandsteinen, die von der Polizei und bei ihrer Unterstützung herbeigeschafften Truppen im Strom geworfen wurden. Die Polizisten wurden mit Revolverschüssen und mit einem Hagel von Pfastersteinen und Ziegeln empfangen. Die Truppen gaben, als die Manifestanten die Baracken nicht räumen, eine Salve ab, durch die eine ganze Zahl der Bettelnden der Baracken schwerverletzt wurden. Man glaubt, daß die Barackenkämpfer viele Tote fallen, die sie jedoch noch wegschaffen konnten, bevor die Truppen in die Verschauungen eindrangen.

# Politische Übersicht.

## Die Sammelpolitik der Reaktion.

Der freikonservativen „Post“ kommt der Vorschlag der „Germania“, durch Änderung der Geschäftsvorordnung des Reichstags die Sozialdemokratie auszuschalten oder gesügig zu machen, gelegen, um wieder einmal in die Sammelkompromiss zu blasen. Das Scharfmacherorgan veröffentlicht an der Spitze der Ausgabe vom Dienstag abend folgende Aussführungen, die ihm angeblich aus parlamentarischen Kreisen zugingen:

„Der Gedanke, im Wege der Repression das Glaubensleben der Sozialdemokratie bei dem Kaiserhoch zu führen, wird als ungünstiger aufgegeben sein. Um so bringlicher ist es, der Wiederholung ähnlicher Vorgänge wiessam vorzubeugen. Von den beiden Wegen, welche von dem führenden Zentrumsblatt zur Erdigung gestellt werden, steht der Weg der Geschäftsvorordnung ungünstiger darüber und erscheint auch zweitmässiger als der der Gesetzgebung. Der Reichstag hat zweifellos die Pflicht und ist es sich selbst schuldig, auf dem Wege, für den er allein zuständig ist, Abhilfe zu schaffen. Daß sämtliche Parteien bereit seien werden, durch entsprechende Geschäftsvorordnungsbestimmungen der Wiederholung so standhaften Vorwange vorzubeugen, wird ernstlich wohl nicht bestreitet werden können. Denn eine Partei, welche sich von einem solchen Vorgehen ausschließen wollte, würde, wie immer sie auch äußerlich ihr Vorgehen begründen mag, ja dem Vorwurf nicht entsagen können, im entscheidenden Moment es an der notwendigen fristigen monarchischen Gewissensschluss gelassen zu haben. Die Partei, welche sich einer seit den Verfehlungen faulig gemachte hätte, würde keinen Platz mehr finden können in einer Schachtröhre, welche der nationalen Monarchie gegenüber die internationale Republik auf ihre Fahne geschrieben hat. So würde ein solches Vergehen im Reichstage zugleich zu einer reinlichen Scheidung der Geister führen, entweder die bürgerlichen Parteien auf der ganzen Linie gegen die Sozialdemokratie frontieren oder aber eine scharfe Scheidung zwischen den Elementen innerhalb der bürgerlichen Parteien stattfinden, die den Boden unserer deutschen monarchischen Institutionen stehen und denen, welche mit dem sozialdemokratischen Republikanismus freundlichkeitsartige Beziehungen unterhalten. Man wird hierauf erwarten dürfen, daß der Reichstag es in seiner nächsten Tagung als seine erste und vornehmste Aufgabe erachten wird, an eine entsprechende Änderung seiner Geschäftsvorordnung zum Zwecke heranzutreten, der Wiederholung sozialdemokratischer Demonstrationen beim Kaiserhoch für die Folge vorzubereiten.“

Der Plan ist gut zu schlau. Eine gewaltige Hebe wird gegen die Sozialdemokratie inszeniert werden und wehe der Partei, die dabei nicht mitmacht; sie wird von der Reaktion ohne Gnade mit der Sozialdemokratie in einen Topf geworfen. Nun, die Reaktion wird die Sozialdemokratie gerüttelt finden, und je mehr ersiere wütet, desto mehr wird die Arbeiterschaft aufgerüttelt.

## Das Zentrum auf dem Index.

Der Zentrumsprese ist es natürlich in hohem Grade peinlich, daß eine rednerische und schriftstellerische Leistung des bürgerlichen Führers der Klerikalen auf den päpstlichen Index gesetzt worden ist, und sie sucht die Bedeutung dieses Vorganges nach Kräften herabzusezen. Umsständlich sagt die „Germania“ jetzt auseinander, daß keineswegs die ganze Broschüre indiziert sei, sondern nur der Absatz, der das Thema „Zentrum und kirchliche Autorität“ behandle und sie bietet außerdem all ihren Schriften auf, um unter Berufung auf die Zeugnisse von theologischen und kirchengerichtlichen Sachverständigen darzutun, daß sich die Maßregel nicht gegen die Person des geistlichen Rats Wacker richtet, sondern daß sie nur ein direkt an die Gläubigen gerichteter Warnturuf der um das Heil ihrer Kinder besorgten Kirche sei.

Der amtlich publizierte Index gleicht insbesondere einer Warnungstafel, sich vor den in den verzeichneten Büchern enthaltenen dem Glauben oder den guten Sitten gefährlichen Irrtümern zu hüten und dieselben weder zu lesen noch zu behalten.

Praktisch ist mit diesen Unterscheidungen sehr wenig gewonnen, denn für die Möglichkeit der Verbreitung des Schriftchens unter den Gläubigen ist es gleichgültig, ob die

ganze Broschüre oder auch nur ein Bruchstück von der Index-Kongregation beansprucht wird. Zur Not könnte freilich der Zentrumsverlag nach dem Muster der russischen Censurbehörde das ansäßige Kapitel mit Hilfe von Druckerschärze unleserlich machen, aber auch diese Prozedur würde die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß ein Führer der Partei und zwar einer der Hauptbannträger der Kölner Richtung, „den Glauben oder den guten Sitten geistliche Irrtümer“ gesprochen und niedergeschrieben hat. Herr Wacker wird schließlich nichts anderes übrigbleiben, als sich lässig zu unterwerfen und die Schrift eventuell mit den vom Vatikan für notwendig erachteten Änderungen neu herauszugeben. Aber wie man es auch machen wird, die ganze Geschichte ist und bleibt für das Zentrum in jeder Beziehung höchst kompromittierend.

Wie übrigens aus Rom gemeldet wird, soll auch die Unterwerfung Wackers nicht vermögen, seine Schrift vom Index zu bringen. Es fehlt der übliche Vermerk, daß die Schrift solange auf dem Index stehe, bis sie abgeändert sei.

## Das deutsche Buchdruckgewerbe und der Weltmarkt.

Die internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig wird voraussichtlich dazu beitragen, die Beziehungen der deutschen „schwarzen Kunst“ zum Weltmarkt noch lebhafter zu gestalten. Bekanntlich beherrschten zur Zeit und nach der Reformation die Erzeugnisse des deutschen Buchdruckgewerbes den Weltmarkt fast konkurrenzlos. Die Schwäche der großen ausländischen Bibliotheken legen noch heute bedrohtes Zeugnis von der Verbreitung und der hohen künstlerischen Qualität der damaligen deutschen Druckchriften usw. ab. Gegenwärtig werden alljährlich für 100 Millionen Mark Bücher, Noten, Bilder usw. nach dem Auslande verkauft, während die Einfuhr derartiger Erzeugnisse einen Wert von circa 45 Millionen Mark repräsentiert. Die wichtigsten Abnehmer für deutsche Bücher sind Österreich-Ungarn, die Schweiz, Russland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und die Niederlande. Die Ausfuhr von bedrucktem Papier (außer Tapeten und Bergl.) hatte im Jahre 1913 einen Wert von 6,5 Millionen Mark, gleichzeitig wurden für 6,78 Millionen Mark Münznoten, für 9,48 Millionen Mark Farbendruckbilder und für 2,68 Millionen Mark Kupferstiche, Holzschnitte usw. exportiert.

Die Bedeutung des deutschen Buchdruckgewerbes kommt natürlich auch in der Entwicklung und Leistungsfähigkeit seiner Hilfszweige zum Ausdruck. Das gilt besonders von der Herstellung von Buchdruckmaschinen. Deutschland verkauft am Weltmarkt alljährlich für ca. 10 Millionen Mark Schnellpressen für Buch-, Stein- u. c. Druck und für ca. 12 Millionen Mark andere Buchdruckmaschinen. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres wurden für 3,60 Millionen Mark Schnellpressen und für 4,49 Millionen Mark andere Buchdruckmaschinen exportiert. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich bereits eine recht erhebliche Zunahme der Ausfuhr. Der deutsche Export von Papier, Papp und Waren daraus beläuft sich zurzeit auf ca. 5½ Millionen Doppelzentner im Werte von ca. 260 Millionen Mark pro Jahr. In den Monaten Januar bis April der Jahre 1913 und 1914 wurden u. a. ausgeführt:

Menge in Doppelzentner	Wert in Mill. Mark
Januar - April 1913	1914
Druckpapier . . . .	263 302 281 216
Packpapier . . . .	291 359 312 954
Kartenpapier . . . .	45 883 48 428
Schreibpapier . . . .	58 005 58 184
Buntpapier . . . .	90 664 80 199
Umschärfarten . . . .	12 575 11 517
Verf.- u. c. Karten . .	15 783 22 790

Die Ausfuhr von Papierdruckfarbe aus Russ oder Kupferdruckfarbe beläuft sich alljährlich etwa auf 26 561 Doppelzentner im Werte von 3,50 Mill. Mk. Außerdem werden

noch für ca. 125 Mill. Mark bunte Druckfarben und ca. eine Million Mark trockene Druckfarbe exportiert. Recht bedeutsam ist auch die Ausfuhr von Druckplatten und Buchdruckerschriften aller Art.

## Ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter unter der Anklage der Majestätsbeleidigung.

Von der Staatsanwaltschaft zu Wiesbaden ist gegen den Genossen Reichstagsabgeordneten Wendel ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Das Vergehen soll im Sommer vorigen Jahres in einer Rede zu Höchst a. M. begangen worden sein, in der Genosse Wendel sich mit dem Regierungsjubiläum Wilhelm II. beschäftigt hat. Da Genosse Wendel als Abgeordneter gegen Strafverfolgungen bisher immun war, hat sich der Staatsanwalt bis jetzt gedulden müssen.

## Die preußische Besoldungsnovelle.

Im Kreisklassenhaus wurde am Mittwoch die Besoldungsnovelle in zweiter Lesung angenommen. Die Debatte bot ein merkwürdiges Bild: alle bürgerlichen Parteien erklärten, daß die Vorlage durchaus ungerecht sei, aber ebenso einmälig verteidigten sie auch, daß man diese ungerechte Vorlage annehmen müsse, um überhaupt etwas zu bekommen. Dieser schwächlichen Haltung derer der Beamten immer noch tätig ist, betonte Genosse Ströbel, daß wenn der Landtag nur energetisch wollte, er bei der glänzenden Finanzlage Preußens zweifellos mehr verlangen würde. Unter Wendel trat entschieden für eine baldige allgemeine Besoldungsreform ein und forderte die Beamten unter dem Wunsche, der Rechten auf, diesem Ziel durch Beteiligung am Wahlkampf nachzustreben.

## Regierungsklasse zum Kaiserhoch. Die „Morddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Der in der gestrigen Nummer der „Kreuzzeitung“ veröffentlichte Artikel des Professors Krückmann, der die Nebenrichtung trug: „Der Kaiser hat sein Recht verloren“, geht von unrichtigen Vorwürfe aus. In der Rede im Kreishaus über das Glaubensleben der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten beim Kaiserhoch gestand der Justizminister nich zu, wie es in dem Artikel heißt, er habe sein Vertrauen, daß die Gerichte sachgemäß entscheiden würden, sondern er legte die Erwagungen dar, welche die Gerichte bei sachgemäßer Beurteilung voraussichtlich zur Freiprechung führen würden. Zur Vergründung seiner gegenständigen Ansicht bekräftigte sich Professor Krückmann darauf, einige als Gegenprobe bezeichnete Beispiele anzuhören. Diese Beispiele beweisen schon deshalb nichts, weil der Justizminister mit das Kaiserhoch als einen herkömmlichen Teil des tatsächlichen Schlafaktes bezeichnete, während die von Professor Krückmann konstruierten Beispiele sich auf Kundgebungen beziehen, die mit dem Kaiserhoch keinerlei Zusammenhang haben. Die Richtigkeit des hier eingenommenen Standpunktes beweist die nachträgliche Verhandlung der Angelegenheit auch in der sozialdemokratischen Presse.“

Dass sich das Regierungssorgan zum Beweise für die Richtigkeit seiner Auffassung auf die sozialdemokratische Presse beruft, ist ganz interessant. Warum es gegen einen Prozeß diese Stellung eintreten, wird es selbst wissen.

Unterm neuen Kurs in Elsass-Lothringen. Nach einer Mitteilung des „Matin“ sollen im Reichsland „z. Zukunft keine Bürgermeister und Beigeordneten die Bestätigung erhalten, die einflussreiche Verbände, insbesondere Militärs in Frankreich haben. — Die altdutschen Blätter wünschen dringend, daß diese Meldung nicht dementiert, sondern bestätigt wird.

Regierungsfürsorge für den Mittelstand. Im Reichstagsgebäude fand am Dienstag eine Vorbesprechung über die Frage der Veranstaltung einer Kleinhändlerei-Enquete statt. Den Vorsitz führt der Direktor im Reichsamt des Innern, Wiss. Beh. Rat Dr. Gaspar. An einen einleitenden Vortrag des Referenten im Reichsamt des Innern schloß sich eine lebhafte Debatte an, bei der angeblich alle einschlägigen Gesichtspunkte eingehend erörtert wurden. Am Mittwoch wurde die Beratung im engeren Kreise der Regierungsvertreter fortgesetzt.

Vertagung des preußischen Landtags. Die Staatsregierung beantragt, daß preußische Abgeordnetenhaus möge einer Vertagung des Landtags bis zum 10. November d. J. zustimmen mit der Maßgabe, daß die vier zur Vorberatung des Grundsteuergesetzes, des Fideikommissgesetzes, des Fischereigesetzes und des Kommunalabgabengesetzes ernannten Ausschüsse ermächtigt werden, während der Vertagung ihre Arbeiten fortzuführen.

Neue Mittel für den Rhein-Weser-Kanal wird das preußische Staatsministerium vom Landtag in diesem Herbst verlangen. Der Regierung sollen 17 000 Millionen Mk. zur Verfügung gestellt

## Sara.

Die Geschichte einer Liebe.

Von Johan Skjoldborg.

10)

(Nachdruck verboten.)

Sie ist ganz überanstrengt durch die Nachtwachen und das viele Arbeiten; gelb und blaß sieht sie im Schein der Lampe da und läßt miß den Kopf in die Hand sinken.

„Sie tut Sara von Herzen leid.“

„Als die Schneiderin sich ein wenig erholt hat, sagt sie: „Ja, Dein Kleid ist nicht fertig.““

„Sie, es ist nicht fertig.“

„Nein, ich muß ja auch die anderen bestreichen; die darf ich nicht vor den Kopf stoßen, das kommt Du ja wohl befreien!“

Ein kleines, zartgebautes Mädchen öffnet die Tür zur Nachten; sie bläst Sara mit großen, traurigen Augen an. Dann sagt sie: „Mutter!“

Die Schneiderin scheint es nicht zu hören.

Sara hat sich erhoben; sie kann nicht glauben, daß die Schneiderin die Wahrheit gesagt hat. Sie kann nicht bei Sinnen sein.

„Aber es wird doch noch fertig heute Abend?“

„Nein, es wird nicht!“ Die Antwort klingt wie ein in einem ganz gleichgültigen Tone.

„Bleider ruft das kleine Mädchen: „Mutter!“

Die Mutter wandet den Kopf und sagt: „Ich komme gleich; mach die Tür zu!“

Aus Saras Wangen ist alles Blut gewichen, und an ihren Wangen hängen zwei Tränen, bereit, herabzufallen; aber sie hört sich tapfer.

Stöcklich wird die Schneiderin nach dem Anblick des kleinen Schneideres, der das junge Mädchen erfüllt; sie erhebt sich, geht zu ihr hin und sagt freundlich:

„Ja, aber Saraden, kannst Du denn nicht das Kleid befreien, das Du anhaftest. — es ist ja so nett!“ Und sie legt ihr die Hand auf die Schulter.

Die betrunke Sara fügt nicht länger zu bejammern. Sie hat sich an die Brust der Mutter und weint.

„Na du lieber Gott, Saraden, hätte ich das gewußt, kann höchst Du es trotzdem befreien!“ Sie kann selber nicht mehr die Tränen zurückhalten, hölt Sara mit den Armen umklammert und weint nicht mehr, als sie anfangen soll. Sie schläft sich nun immer das Haar.

Gleichlich kommt ihr ein Gedanke.

Sara will ihm die Hand fassen, doch kann sie nicht

tiges Band, und wenn wir das recht gerichtet anbringen, dann sollst Du mir mal sehen, wie sein Du wirst!“

Das Band ist längst verwaht, ganz unten auf dem Boden der Kiste, als sollte es nie wieder ans Tageslicht. Sie betrachtet es mit sonderbarem Ausdruck, während sie es durch die Finger gleiten läßt.

„Es ist lang und breit, von schwerer Seide, schwarz mit braunlichen Blumen.

„Es ist wohl altmodisch, aber es ist echt und Du sollst sehen, wie gut es Dich kleiden wird und wie es zu Deinem Haar passt.“

Sara betrachtet es mit kindlichen Augen.

„Das war schon früher ‘mal mit dabei!“ Die Mutter lächelt fröhlich, während sie Sara mit dem Bande pußt.

„Weißt Du, nun siehst Du wirklich so nett aus, Sara, daß Du zu Ball gehen kannst, wo immer es sein mag.“

Und Sara fühlt sich ganz erleichtert.

„Es ist spät geworden, und sie macht sich eiligst auf den Weg.

Der Tanz ist schon in vollem Gang, als Sara ankommt, und durch die erleuchteten Fenster dringen die Töne der Musik an ihr Ohr; es ist eine Mozartiana.

Einen Augenblick steht sie still; dann geht sie durch den schwulen Gang zwischen dem Kurg und der Remise hindurch, und dort hinten findet sie ein kleines Loch, durch das sie hindurchsehen und den Saal überhören kann.

Er ist festlich erleuchtet, Mädchen mit kleinen Bahnern hängen an den Seiten, und gewaltige Tambouren schlagen sich in einem mächtigen Bogen um die beiden nordischen Flaggen, die freudweise an der Gabelwand aufgestellt sind.

Und wie sein die jungen Mädchen angezogen sind, keine einzige im dunklen Kleide; in Leichten, hellen Ballgewändern schwanken sie dahin.

Sara rennt tiefs: sie ist, als sei sie der arme schwarze Vogel, der draußen stehen muss. Hinein, dort hinein will sie nicht. Sie kann nicht in diese Gesellschaft mit dem Kleide, das sie anhat. Das ist unmöglich. Die Schneiderin hat sie nur trösten wollen. Sie kann es nicht, um Anders und auch um ihrer selbst willen nicht.

Und ebermals seufzt sie. Sie lehnt die Stirn an den Schneiderarmen, während sie auf die tanzenden frohen Scharen blickt.

Es ist Pause. Alle sehen sich so vergnügt an, und diejenigen, die durch Zimmer gehen, bewegen sich so leicht in der leichten Luft, als wenn sie allein sie sonst tragen.

Da ist Anders. Er spricht mit dem jungen Mädchen aus der Vermundlichkeit des Wiesenhofern; das sie schon früher

trägt ein weißes Alpakalett, das ihr großartig steht zu dem schwarzen Haar und den löschenhaften Augen; sie ist hübsch. Sara beugt sich vor bis an die Scheibe, um sie beim Tanze beobachten zu können. Er spricht fortwährend zu ihr, und sie lächelt dann und wann.

Sara steht lange hier; durch dieses kleine Loch in der Gardine starrt sie so lange, bis sie ganz schlaff wird.

Aber dann wird ein Walzer gespielt. Diese Töne machen sie wieder munter. Es ist derselbe Walzer, den sie zum ersten Mal mit Anders getanzt hat. Es ist ein herlicher Tanz; die zweite Wiederholung endet in etlichen hohen Hüpftönen, die alle anderen Instrumente übertröpfen. Unwillkürlich liegt sie sich nach dem Takt.

Sollte sie trotzdem hineingehen? Sie trippelt hin und

nebenen, die durch Überschreitungen beim Gründervorwurf notwendig geworden sind.

**Gemeinsamkeit mit dem Besitz kürzlicher Großgrundbesitzer.** Die Ausstellungskommission hat die fürstlich Reußische Güter, Neippergsche und Ottsch nebst den Vorwerken Gutsdorf, Freudenau und Josephshof, insgesamt etwa 8000 Hektaren, für den sehr hohen Preis von sechs Millionen Mark erworben. Die Übernahme erfolgt am 1. Juli.

**Wahltag nachwohl.** Der Vertreter des württembergischen Reichstagwahlkreises Ravensburg-Saulgau, Bentrupsabgeordneter Stefan Leyer in Neuhausen a. d. Iller, ist Mittwoch nach der Abreise aus Nierenschrung gestorben. Er vertrat den Wahlkreis, der sicherer Bentrupsbesitz ist, seit 1908. Zuletzt wurde er dort mit 19 945 Stimmen gegen 1998 nationalliberale und 1602 sozialdemokratische und 71 konservative gewählt. Also eine ganz andere Ecke.

**Der Militärkonsens liegt weiter.** Wegen eines Feuerstoffs: Soldatenleben, ja, das heißt lustig sein", ist von einem Unteroffizier Knecht gegen unser Parteiblatt Strafantrag wegen Verleidigung gestellt worden. Selbstverständlich hat das die Unteroffizier nicht aus eigenem Antrieb getan, die Militärbehörde steht dahinter. Aus den Akten geht hervor, daß außerdem auch gegen den "Borwitz", das Mannheimer und das Mainzschweiger Parteiblatt Anklage erhoben wurde.

**Die Vermögensverhältnisse der Kirchen** sind in Deutschland der Öffentlichkeit vollkommen unbekannt. Als anlässlich des Wehrbeitrags in der Presse die Forderung aufgestellt wurde, auch die Kirche möge zur Wehrsteuer beitragen, wurde gesagt, die Kirchen seien zu arm und außerdem sei das Geld für Wohlfahrtswelche festgestellt. Demgegenüber ist es interessant, daß die Kirchen in Deutschland nicht nur über die etwa 35 bis 40 Millionen Mark betragende "Zuschüsse der Kurfürstentaten, sondern auch über die Kirchensteuern von etwa 120 Millionen Mark verfügen. Das die Kommunen zu kirchlichen Zwecken beitragen, ist bisher statistisch noch nicht erfaßt worden. Neben diesen laufenden Einnahmen stehen die dauernden Einnahmen, die die Kirche erhält. In der Zeit von 1878 bis 1908 hat in Preußen die evangelische Landeskirche rund 100 Millionen Mark an Zuwendungen und Vermächtnissen erhalten. Das zeigt also, daß es sich bei diesen Vermögenssummen nicht um Kleinigkeiten handelt.

**Scherben bringen Gläser.** Die Porzellans- und Glasfabriken gehören zu den rentabelsten Unternehmungen der deutschen Industrie. Ihre Erfüllungen geben weit über das Durchschnittsniveau der meisten anderen Gewerbevermögen hinaus. Nach den bisher erreichbaren veröffentlichten Bilanzen gestalteten sich die Dividendenergebnisse der Aktiengesellschaften der deutschen Porzellans- und Glasindustrie in den letzten beiden Jahren folgendermaßen:

	Alt-Kapital	Durchdringende Gesellschaften	Zahl der in Mill. M.	In Prozent	1912	1913	1912	1913
Porzellansfabriken	16	23,63	26,43	11,9	11,0	15	16,40	32,00
Glasfabriken					14,9	13,1		

Der durchschnittliche Dividendenanteil der Porzellansfabriken hat im vergangenen Jahre keine Verminderung erfahren, obwohl durch den Konflikt zwischen einem Teil der führenden Unternehmungen der Porzellansindustrie und den größeren Warenhäusern zweifellos der österreichische Absatz sehr ungünstig beeinflußt wurde. Für die Glasfabriken ergibt sich eine leichte Zunahme der Durchschnittsdividende. In den interessierten Kreisen beurteilt man aber anscheinend die Aussichten der Glasindustrie nicht ungünstig, die an der Berliner Börse zum Handel angelassenen Aktien dieses Gewerbes hatten jedenfalls in neuerer Zeit trotz der im allgemeinen matten Lage des Effektenmarktes zum Teil noch erhebliche Kursgewinne zu verzeichnen.

## Ausland.

### Die französische Ministerkrise.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 9. Juni:

Raimond Poincaré, der Präsident der französischen Republik, scheint entschlossen zu sein, den Kampf gegen die Linke durchzuführen; sonst hätte er den zweijährigen Senator Adot nicht mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Nach der Demission Doumerques hätte Poincaré, wenn es ihm darum zu tun gewesen wäre, die parlamentarischen Traditionen streng zu wahren, ein Mitglied der freigemachten radikalen Partei berufen müssen, die als stärkste aus den Wahlen hervorging. Schon der Versuch eines Kabinetts Viviani zeigte, daß Poincaré seinen eigenen Weg gehen wollte. Das er nach Viviani bei Deschanel, Delcasse, Dupuy, Veyrat antrug, von denen sein einziger der geistigsten radikalen Partei angehört, ließte den Beweis, daß der Präsident vor den Hindernissen, die sich vor ihm aufstellen, nicht zurücktrete. Dass er jedoch schließlich gar Alexander Ribot mit der Mission betraute, einem neuen Ministerium zum Leben zu versetzen, das wirkte, den vorbereitenden Szenen, die sich in den letzten Tagen abgespielt haben, zum Trotz, außerordentlich verblüffend. Niemand leugnet das hohe Talent, die Intelligenz, das Wissen und die reiche Erfahrung Ribots. Niemand bestreitet, daß der Kreis sich in den vergangenen Jahren nach links entwickelt hat, besonders auf dem Boden der sozialen Geschäftszweige. Nichtsdestoweniger bleibt Ribot eine der stärksten Verkörperungen des konservativen Elements der dritten Republik und wenn sein Republikanismus über allen Zweiten erhaben ist, so kann man es doch nicht vergessen, daß die großen politischen und wirtschaftlichen Reformen, welche in der dritten Republik durchgeführt wurden, Ribot zum Gegner haben. Er war ein Gegner der Trennung von Staat und Kirche, wie er ein Gegner der Demokratisierung der Arme war, wie er heute im Senat die Führung im Kampf gegen die Einflussgruppen übernommen hatte. Und dieser Politiker, der einst das Haupt der vorgeschichtlichen Partei war, die bei den letzten Wahlen ein Dutzend Stimmen verlor, holt Poincaré jetzt aus der Versteckung heraus, in der er "ministerisch" gepochten, seit seinem Sturz als Ministerpräsident, seit dem Jahr 1895 ruhte. Die Berufung bildet einen Hohn auf den Siegzug der jüngsten Wahlen. Ribot wird selbst wenn es ihm gelingt eine Anzahl von radikalen Abgeordneten und Senatoren zur Mitarbeit heranzuziehen, auf den Widerstand der hundert Sozialisten und von mindestens 150 geprägten Radikalen stoßen. Ob es ihm gelingt, etwa 60 bis 80 Radikale für sich zu gewinnen, davon hängt die Lebensmöglichkeit seines Ministeriums ab. Die reaktionäre Presse ist infolge der Berufung Ribots in Verzückung geraten. Die geprägten Radikalen brauchen nur fest zu bleiben, und die Reaktion wird im Parlament in der allerärgsten Zeit dieselbe Lektion ertragen müssen, die sie vom Volk am 28. April und am 10. Mai erhielten.

### Das wadige Ministerium Ribot.

Der neugetriebene Ministerpräsident Ribot stellte dem Präsidium Poincaré im Elysée die Mitglieder des Kabinetts vor. Die Minister treten Donnerstag nachmittag zu einer Sitzung des Ministrates zusammen, um die Fassung der ministeriellen Erklärung festzustellen. Am Freitag erscheint die Regierung vor der Kammer.

Die Gruppe der Radikalen und Sozialisten ist heute nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten. Das Protokoll besagt, daß die Gruppe ermuht erhielt habe, daß das Ministerium Ribot sich durch seine Zusammenlegung auf die Mehrheit der Rechte zu stützen könne, und daß die Partei der Radikalen und der sozialistischen Radikalen die Rechte habe, ihm ihr Vertrauen zu verweigern.

Die Gruppe beschloß durch geheime Abstimmung mit 100, gegen 4 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen, daß alle Mitglieder

der Gruppe sich mit dem Beschluss einverstanden erklären und in demselben Sinne abstimmen müßten.

Das Kabinett Adot wird von der konservativen enklavischen Presse mit großer Wärme begrüßt, während die Blätter anderer Parteihättlerungen sich sehr reserviert verhalten.

Die Presse legt gegenüber dem Ministerium Ribot eine große Zurückhaltung an den Tag, dessen Zusammensetzung eine gewisse Aufnahme findet. Von verschiedenen Blättern wird von neuem die Mahnung ausgesprochen, bei der Erörterung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit die internationale Lage nicht zu vergessen.

### Die Lage in Albanien.

In der allgemeinen Lage ist kaum eine Aenderung zu verzeichnen. Es herrscht völlige Ruhe. Nach Alessio wurde Munition, sowie eine große Anzahl Gewehre und ein Geschütz bezüglich Unterstützung der dort konzentrierten Massenbewegungen gesandt.

Wie hier verlautet, wird Fürst Wilhelm an die Rebellen ein 48-stündiges Ultimatum richten. Falls es von den Rebellen abgelehnt wird, wird der Fürst im Interesse und der Sicherheit Albaniens mit der größten Strenge gegen die Rebellen vorgehen. -- Weitergehende militärische Vorbereitungen sind bereits getroffen.

Ein ausländisches Blatt will aus diplomatischen Kreisen wissen, der König von Rumänien habe sich persönlich an Wilhelm II. gewandt und bei ihm zugunsten seines Neffen, des Fürsten Wilhelm von Albanien, interveniert. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ist ermächtigt, bekanntstellen, daß diese Angaben erfunden sind. Es ist nichts Derartiges geschehen.

### Das Recht der Staatenlosen in Nordschleswig.

Im dänischen Foleting führte der Minister des Innern von Sebenius zu der Anfrage betreffend die Staatenlosen in Nordschleswig u. a. folgendes aus:

Die dänische Regierung sei bereit, mitzuwirken an der Lösung dieser Sache unter der Voraussetzung, daß die Frage ganz aus der Welt geschafft werde. Man sei sich bereit erklärt, gewissen Strategikern von ihnen das Bürgerrecht zu bewilligen, falls Preußen die übrigen naturalisierte. Als Antwort hierauf sprach die preußische Regierung im letzten Winter den Wunsch aus, daß Dänemark auch solchen Staatenlosen das Bürgerrecht bewilligen sollte, deren Vorfahren aus Dänemark nach Schleswig eingewandert sind und daß ein eventuelles Tratrat mit jenen Staatenlosen umfassen könne, die Dänemark naturalisierten wolle, nicht aber irgendwelche Verpflichtungen übernehme, die übrigen Staatenlosen als deutsche Staatsbürger zu naturalisieren. Die dänische Regierung mußte nicht allein aus der Betrachtung heraus, daß man in Dänemark das Verständnis für den Abschluß des Tratrates auf dieser Grundlage verlust, sondern schon, weil man die Hoffnung auf eine vollständige Lösung dieser Frage auf diesem Wege nicht teilt, der Erwartung sein, daß die Sache sich unter diesen Umständen nicht vorwärts führen läßt. Der deutsche Reichsanziger betonte während der Verhandlungen im preußischen Herrenhaus den Wunsch nach einem gutnachbarlichen Verhältnis zu Dänemark. Der Wunsch wird vollauf von der dänischen Regierung geteilt. Ich bin überzeugt, daß man in allen Parteien hierzulande die große Bedeutung hiervon versteht. Wenn der Reichsanziger auf eine Verstärkung der nationalen Gegenstöße bei der nord-schleswigschen Bewegung in Dänemark, sowie auf die Annahme offizieller dänischer Persönlichkeiten dorin hinrich und betonte, daß die dänische Regierung in jedem vorgebrachten Falle die notwendige Unterstützung veranlaßte, so ist zu bemerken, daß die preußische Regierung gegenüber den entsprechenden Schriften seitens der dänischen Regierung in gleicher Weise auftritt. Man kann jedoch nicht die Augen verschließen, daß gegenwärtig auch in gewissen Kreisen Deutschlands eine wachsende Agitation gegen Dänemark besteht. Den Verdacht, daß private Tätigkeiten für die Bewahrung der dänischen Sprache und Kultur bei den dänisch sprechenden Nordschleswighern mit einem Gedanken politischer Natur verbunden wäre, weisen die Teilnehmer dieser Tätigkeit bestimmt zurück. Sie verstehen unzweckhaft, daß der vertragsgemäß bestehende Zustand vollkommen respektiert werden muß. Es ist aber von großer Wichtigkeit für uns, daß überall im Auslande volles Vertrauen zu uns herrscht, und daß wir in Überlebenskampf mit unserer traditionellen Neutralitätspolitik handeln. Es ist auch notwendig, daß man von allen Seiten in unserem Reiche mitwirkt, um das Verhältnis zu befriedigen, daß alle Kreise des dänischen Volks davon überzeugt sind, daß die Neutralitätspolitik für die Sicherung der Selbständigkeit des dänischen Volkes Bedingung ist.

Alg. Hammrich (Mecklenburg), der nach dem Minister des Innern der Wort ergriff, schwoll sich den Ausführungen des Ministers bezüglich der Bestrebungen der Regierung, ein gutes und freundlichstes Verhältnis zu Deutschland aufrechtzuerhalten, an und betonte das Recht jedes dänischen Bürgers, private Bestrebungen für die Erhaltung der dänischen Sprache und Kultur in Nordschleswig zu führen.

**Bevorstehender Generalaustand in der Schweiz.** Wie aus Bern hierher gemeldet wird, rechnet das eidgenössische Militärdepartement mit der Möglichkeit, daß in Genf gerade zur Genfer Feier der Generalstreik ausbrechen könnte. In diesem Falle soll sofort militärische Hilfe in Bereitschaft gestellt werden. Die Lage des schon seit zwei Wochen andauernden Maurerstreiks ist unverändert.

**Unterbildung russischer Gewerkschaften.** In Petersburg wurden die Gewerkschaften der Bauarbeiter und Holzarbeiter politisch unterdrückt.

**Eine neue russische Millionen-Poltenvorlage.** Im Herbst bringt die Regierung, wie bestimmt verlautet, eine neue Poltenvorlage mit einem Kostenaufwand von 600 Millionen Rubel ein, wovon ein Teil für weitere Rüstungen im Schwarzen Meer bestimmt ist. — Dann sind die anderen wieder an der Reihe!

**Rumänische Wahlen.** Die Wahlen für die Kammer der konstituierenden Versammlung Rumäniens sind jetzt beendet worden. Gewählt sind 145 Liberale, 22 Konservative, 17 Demokraten, 2 Nationalisten, 5 Unabhängige.

**Deutsche Forderungen gegenüber der Türkei.** Der Konstantinopeler Korrespondent des "Echo de Paris" will aus bester Quelle erfahren haben, daß Deutschland bei den Verhandlungen mit der Türkei über die türkische Staatschuld neue Forderungen aufgestellt habe. So fordere Deutschland u. a. einen zweiten Delegierten im Schuldienst als Vertreter der Deutschen Post. Weiterhin soll die deutsche Regierung für einen der deutschen Delegierten das Recht verlangen, abwechselnd mit den französischen und englischen Delegierten das Präsidiu im Schuldienst zu führen. Bischof war dies ein Vorrecht Englands und Frankreichs. Die türkische Regierung konnte den deutschen Forderungen bisher nicht nachgeben, da sie durch das sogenannte Muhammedetet gewisse formelle Verpflichtungen gegenüber England und Frankreich eingegangen ist. Es finden daher neue Verhandlungen zwischen den deutschen und türkischen Regierungen statt.

**Die überlieferte Polizei.** Die bekannte Suffragettenfängerin Frau Van Thurn ist der Polizei knapp. Das ist ihr ge-

ungen trocken großen Aufzugs an Polizisten und Telefons, die ihre Wohnung seit ihrer Entlassung aus dem Gefängnis Tag und Nacht belagert halten. Auf welche Weise es die Suffragetten zuwege gebracht haben, ihre Führerin zu bestreiten, ist noch nicht aufgeklärt.

**Die Lage in Irland.** Die Lage in Irland hat sich aussichtsreich verändert. Redmond hat jetzt erklärt, Parsons prosoziatorische Erörterungen würden die Errichtung einer gemeinsamen Armee zur gerechten Folge haben. Man kann also in Irland den eigenartigen Parteiführern erleben, daß zwei organisierte, von den höchsten Parteiführern anerkannte und inspirierte Armeen sich in Dublin und Belfast gegenüberstehen.

**Gut Festnahme des japanischen Gesandten in Megijo.** Das Verschwinden des japanischen Gesandten wird bestätigt. Er befindet sich auf dem Wege nach Manzanillo, um die Ausladung der Waffen von Bord des japanischen Dampfers, die für Puerto bestimmt waren, zu überwachen. Das leichte Lebenszeichen des Gesandten kam aus Sajima, das heute von den megalithischen Rebellen erobert wurde. Falls er in die Hände der Rebellen geraten ist, steht das Schlimmste zu befürchten.

**Das neue japanische Ministerium Okuma entwickelt kürzlich sein politisches Programm. Okuma versicherte, die gegenwärtige Regierung werde sparsam wirtschaften und weitere Unleicht nicht aufnehmen. Er verzögerte zunächst Reformen; die Presse soll mehr Bewegungsfreiheit erhalten, das Vereinigungsrecht soll verbessert werden. Aber er erwähnte nichts von einer Reform des Wahlrechts, das so dringend einer Erweiterung bedarfte. Die Parteien, die das Ministerium Okuma jetzt führen, sind bei den letzten Wahlen für Erweiterung des Wahlrechts eingesetzt; ferner haben sie die Befreiung der Salzsteuer verlangt. Auch die Steuern auf Kleidungsstoffe, Geschäftsvorfälle und die auf Eisenbahn und Dampfschiffen verlangten diese Parteien abgeschafft. Graf Okuma versprach wohl einige Ermäßigungen, nicht aber die fühlbare Befreiung dieser Steuern, die im höchsten Grade verhindern würden.**

**Die Sozialisten geben sich keiner Täuschung hin, sie wissen, daß sie auch unter der Regierung Okumas überwacht, verfolgt und drangsaliert sein werden.**

## Schlesien und Posen.

"Ich bin der Herr Oberleutnant!"

Vom Genossen Gröhner, dem Gauleiter des Landarbeiter-Verbandes, erhalten wie folgende Zeilen:

Breslau, den 10. Juni 1914.

Werte Genossen!

Die in der heutigen Nummer der "Volkswacht" veröffentlichte Berichtung des Herrn Oberleiters ist sprachlich sehr weich.

Der Vorgang hat sich genau so zugetragen, wie er in Nr. 124 der "Volkswacht" geschildert wurde.

Da Herr Oberleiter die statthaftende Arbeitserziehung vollständig auf den Kopf zu stellen versucht, fühle ich mich veranlaßt, die ihm jetzt vielleicht unangenehme Unterhaltung wieder aufzufischen und bemerkte folgendes: Die ersten Worte, mit denen mich Herr Oberleiter anredete, lauteten: "Ich bin der Herr Oberleutnant!" usw.

Ich habe Herrn Oberleiter weder mit Herr Oberleutnant noch mit Amtsversteher angeredet, konnte dies auch garnicht tun, da ich gar nicht wußte, daß Herr Oberleiter Amtsversteher ist. Herr Oberleiter mit Herr Oberleutnant anzureden, hätte ich noch viel weniger Veranlassung, da ich ihm ja sofort entgegnete, daß ich ihn trotz seiner "sonstigen Eigenschaften" nicht höher schaue, als jeden anderen Menschen. Herr Oberleiter erlöste dem Gastwirt wörtlich: "Wenn Sie diejenigen Männer in Ihrem Lokal noch weiter dulden, verbiete ich den Entschlaf Einwohner Ihr Lokal."

Dass Herr Oberleiter Vorsteher der Ordnungs-Genossenschaft sei, bemerkte er erst am Schluß der Unterhaltung, nachdem ich ihm auf die Neuerung, er habe schon zwei Arbeiter entlassen, erwiderte: Sie haben gar nicht das Recht, Arbeiter zu entlassen, weil die Arbeiter einem Dienstmannen übertragen sind.

Herr Oberleiter verließ auch während der Unterhaltung das Gasthaus und bog sich nach dem Hausschlüssel, der auf die Dorfstraße führte. Da er das Nebenzimmer vom Hausschlüssel aus später wieder aufgesucht hat, ist ihm gern zu glauben, da er ja sonst seinen Schlüssel nicht hätte erreichen können.

Münich, 11. Juni. Tödlicher Unglücksfall. Der 18-jährige Arbeiter Paul Reimann vom Domstift in Positz kam mit einem mit Grünsäften schwer beladenen Ochsengepann vom Felde und wollte in den vor dem Einfahrt zum Domstift gelegenen Hohlweg einfahren, in dem bereits mehrere Personen tödlich verunglückt sind. Als er neben dem Geypann hinging, erhielt er plötzlich infolge einer Wendung des einen kleinen Haufes einen Stoss, der ihn zu Boden warf. Er geriet unter die Räder des Wagens und erlitt schwere Verletzungen, sodass er bald darauf starb.

Posen, 11. Juni. Posener Einbrecher in Berlin verhaftet. In der Balakischen Einbruchslücke war kurzlich einer der Täter in Berlin verhaftet worden. Jetzt hat man auch die übrigen Täter verhaftet. Aus Berlin wird gemeldet: Einen im März b. J. in Posen begangenen Einbruchsdiebstahl hat die tiefste Polizei nunmehr aufgeräumt. Es gelang ihm, die Täter und ihre Heile festzunehmen und einen sehr großen Teil ihrer Beute für den Diebstahl zu retten. Die Täter drohten die Polizei in Posen durch die Todes des Ladens und Stuhlen nach sorgfältiger und sachkundiger Auswahl für 22.000 Mark Schmuck und Werkzeuge. Erst nach geräumter Zeit tauchten hier in Berlin Sachen auf, die Verdacht erregten. Der Kriminalpolizist stellte zwei junge Leute auf, die in der ganzen Stadt Schmucksuchen an. Wabchon der Lebewelt verschonten und geradezu unmissig mit Geld um sich wärten. Sie beschauten diese beiden längere Zeit und erfuhr auch, daß sie aus Polen stammten und in Berlin unangemeldet sich aufhielten. Als kein Zweifel mehr bestand, wen man vor sich hatte, griffen die Beamten an und nahmen die beiden freigebigen jungen Leute fest. Sie leugneten längere Zeit, stehen sich aber dann unter der Last des Beweismaterials zu einem Geständnis zwingen. Auch ihre Helfer, zwei Händler, die mit Goldwaren in Böden handelten, wurden festgenommen. Der Haupttäter ist

## Bersammlungen u. Vereine

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter  
v. a. G. Hamburg.

### General-Versammlung

Sonntag, den 14. Juni, vormittags 10 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Gewerbe-

haus (kleiner Saal).

2873

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Wahl der Ortsverwaltung.
4. Verschiedenes.

Begüßung: Mitgliedsbuch für Kranke bei Ausgezehrten.

Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

**Ohlau.** Fabrikarbeiter.

Sonntag, den 11. Juni, nachm. 3 Uhr.

Mitglieder-Versammlung

bei Frau Schneider, Steinmann.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Neuordnung unserer

Rohstoffe.

2. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Um zahlreichen Besuch bitten.

Die Ortsverwaltung.

2888

Die Ortsverwaltung.

J. L. Paul Berger.

### Aus der Tiefe

#### Arbeiterbriefe

von Adolf Levenstein.

Stt. 100 Mk. nur 20 Pl.

Zu beziehen durch:

#### Expedition u. Kolporteure.

Christentum und So-

zialismus von A. Bebel 0.10

**Schauspielhaus**

(Operettenbühne.)

Heute Donnerstag, 8 Uhr

und die folgenden Tage.

Wie eins im Zelt. 20 Pf.

2883

Liebich's Etablissement

JOP'S 2883

Kläuer Lustige Bühne.

Heute Donnerstag, präz. 8 Uhr.

Premiere: Meine! Deine!

Schwank in 8 Akten.

2884

**Viktoria-Theater.**

4 Parissiana-Lustspiele 4

Ensemble-Gastspiel

**Trianon-Theater.**

Anfang 8 Uhr. 2825

Von 7 bis 8 Uhr: Konzert, Garten

2775 Volkssvariété

**Zeitgarten**

Entree 10, 10, 25, 50, 75 Pl.

Abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr:

Vorstellung.

**Kluge-Zimmermann**

Leipziger Sänger

und die brillanten

++ Spezialitäten ++

247 zu 25 zu 25 zu 25 zu 25 zu 25 Mark

### Mk. 2000

zur ersten Hypothek per 1. Juli von

Handelsmeistern auf weitreichende Hand-

elsseiten gesucht. Tgl. u. Z. 50

an die Expedition des Weltmarkts. 2863

Geißelmann (Parlejien), T. Tareben

den 50 Mk. per sofort für 1. Werbr.

Tgl. u. Z. 100 a. d. Exped. d. Btg. 2864

Joseph Lessing, Potsdamerstraße 63/65.

2885

Schweinefleisch

Vd. Baum u. Schleifer 50 Pl., Edup-

peck 70 Pl., Schulz, Seite 65 Pl., Ang-

gelaß, reines fett 80 Pl., Eder 65 Pl.,

Kaltfleisch 70 Pl., Schulz u. Seite 90 Pl.,

Stinckle, dümmes, 65 Pl., Weinstadt 80 Pl.,

Würstchen 40 Pl., Schulz u. Preiswurst 65 Pl.,

Gefüge 40 bis 55 Pl. nur bei

R. Opitz, Fleischer, Trebitznerstraße 18,

Geißelmann, in Sept. Wandsbeker Str. 45.

2886

### Arbeitsmarkt.

### I. Verkäuferin

zur sofortigen Eintritt kann sich melden

im Kontor-Verein für Eleganz und

Umgang, C. G. m. b. H. Seite

Eleganzstraße Nr. 58. 2881

Der Verstand.

2887

Sargmagazin

2888

Seiffengeschäfte

Seiffen, Kons. Seiffenstr. 23, (Büro).

Reiter, Kons. Dömerstraße 25.

Stinglauer, Kons. St. Georgstraße 12.

Reiter, Kons. St. Georgstraße 15.

2889

Schirme, Stücke

Stell, Kons. Wandsbeker Straße 75.

Stell, Kons. Schloßstr. 20.

Reiter, Kons. Reinhardtstraße 11.

Seeger, Hermann, Gräßchenstraße 23.

2890

Schuhwaren-Engroshaus

Geißelmann 29, I. Eig. Einzel-

hand zu Engroshand, direkt an Private.

2891

Schuh-Vertrieb

Othlauerstr. 29. Erf. klap.

Einzelpaar-Verk zu Engros

Preis: direkt an Private.

2892

Seifert, Kons. Gräßchenstraße 10, Btl. 2892.

Seifert, Kons. Gräßchenstraße 21.

Seifert, Kons. Gräßchenstraße 22.

Seifert, Kons. Gräßchenstraße 23.

Seifert, Kons. Gräßchenstraße 25 (got. Gräßchen).

Seifert, Kons. Gräßchenstraße 25.

2893

Spielwaren.

Seifert, Kons. Gräßchenstraße 25.

Seifert, Kons. Gräßchenstraße 25.

Seifert, Kons. Gräßchenstraße 25.

2894

Stempelfabriken.

A. Sedlaček Ring Bude

Stempel-Schablonen 75/76.

2895

Strumpfwaren.

Seifert, Kons. Gräßchenstraße 48 (got. Gräßchen).

Seifert, Kons. Gräßchenstraße 48.

Seifert, Kons. Gräßchenstraße 48.

2896

Trauer-Kleidung

Benedix, Kons. Ring 1, Ede Röhl.

2897

Verkehrs-Institut

Christmann, S. Gräßchenstraße 56.

2898

Central-Schuhhaus

Ernst David & Co.

Kurfürstendamm 45, für sehr große Betriebe.

Reiter, Kons. Reinhardtstraße 15.

2899

Christmann, S. Gräßchenstraße 56.

2900

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 49.

2901

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 50.

2902

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 51.

2903

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 52.

2904

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 53.

2905

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 54.

2906

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 55.

2907

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 56.

2908

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 57.

2909

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 58.

2910

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 59.

2911

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 60.

2912

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 61.

2913

Geißelmann, S. Gräßchenstraße 62.

# Heut abend im Gewerkschaftshause große öffentliche Versammlung.

Reichstagsabgeordneter Genosse Molkenbuhr, Mitglied des Partei-Vorstandes, spricht über  
den neuesten Aus in Preußen und Deutschland.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Juni.

### Montag: Frauenabend!

Die weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Ver-  
ans Breslau werden darauf hingewiesen, daß Montag,  
den 15. Juni, abends 8 Uhr, der monatliche Frauenabend  
abgehalten wird. Die Versammlungsorte sind im Anzeigen-  
teil der Mittwoch-Nummer der „Volkswoche“ angegeben. Zu-  
ritt haben nur Mitglieder. Unsere Genossinnen müssen sich  
zur Uhr zum Besuch der wichtigen Versammlungen frei  
halten.

### Arbeitslosigkeit und Selbstmorde.

Die Arbeitslosigkeit ist in Breslau noch immer groß,  
und so mancher gute Familienvater, der kein fleißig arbeiten  
und für Weib und Kinder sorgen möchte, wird zur Ver-  
zweiflung getrieben. Das haben einige Selbstmorde der  
jüngsten Zeit mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen. Lesen  
wir von einem Arbeitslosen im „Bresl. Generalanzeiger“  
unter der Überschrift: „Arbeitslosigkeit und Selbstmorde“:

„Es ist wahnsinnig kein Wunder, wenn alltäglich Selbst-  
morde wegen Arbeitslosigkeit unternommen werden. Die Zeit  
ist hart, und selbst dem Arbeitswilligen entzieht sie die Mög-  
lichkeit, sich durch seine Hände Arbeit einen Ewer zu sichern.  
Der die Leidenschaft nicht achtlos daran vorüber. Sie  
kennt nicht das Ende, das eine Stadt bereichert, nicht die  
Not, die uns an den Felsen sitzt. Sie führt nicht wie wir ein  
teiles Erbschwein, wenn ein Bricht von einem Selbstmord in die  
Leidenschaft flattert, denn für sie ist es ein Tag ereignis, wenn  
es heißt, daß einer aus Arbeitslosigkeit hand an sich gelegt, ebenso  
wie es für uns manchmal ein Wink des Schicksals ist, der uns  
daran erinnert, daß unser vielleicht ein gleiches Ende hat. Ich  
bin schon seit acht Wochen ohne Beschäftigung, trotz  
guter Zeugnisse und obwohl ich mir die größte Mühe gegeben habe, eine Stelle zu finden. Auch in Ihrem  
Platte suchte ich Stellung, und bei den Linke-Dörmann-Werken  
wurde ich ebenfalls vor, weil ich hörte, daß dort Arbeiter gesucht  
werden. Ich schreibe fast täglich Offerten, aber ohne irgend-  
welchen Bescheid zu erhalten. Bei der Kanalabfuhr in Dörrig  
im Schwotzitz-Zimpel wurde mir erklärt, man brauche keine  
Arbeiter. Es seien bereits polnische Arbeiter angestellt. Bei  
der Handelsfahrt Brücke ging es mir nicht besser. Dieser Tage suchte  
eine bießige Stellenvermittler mehrere Arbeiter nach Westfalen. Es  
fanden sich 132 Männer ein. Jeder bat, man möge ihn nehmen. Schließlich entfiel die Wahl auf 18 Männer. Ich will  
nur damit andeuten, welche große Arbeitslosigkeit in  
Breslau herrscht. Dabei werden bei den Kanalbauten statt  
Breslauer galizische Arbeiter beschäftigt, die uns das Brot vom  
Munde wegnehmen. Es ist wahnsinnig kein Wunder, wenn man  
in Verzweiflung gerät.“ A. L.

„Wer arbeiten will, findet immer Arbeit.“ Das ist die gewöhnliche Antwort unserer salten Spießer, wenn die Not der Arbeitslosen geschildert wird. Nicht weniger als 132 Männer sind zur Stelle, 18 werden gebraucht. So geht es überall! Stets melden sich viel mehr  
Leute, als verlangt werden. Hat man schon je gehört, daß  
die Unternehmer mehr Arbeiter einstellen als sie brauchen? Nein, das gibt es nicht; viel eher wird gefordert, daß einer  
für zwei schusten soll.

Was sollen aber die Arbeitslosen tun mit Frauen und  
Kindern? Lohnende Arbeit ist selten oder garnicht zu  
finden. Ersparnisse kommen bei dem langen Verdienste nicht  
gemacht werden, und was irgend einen Wert im Hause hat,  
ist bald verlaufen oder ins Leihamt getragen. Da muß eben  
die Gemeinde helfen, da muß der Staat eingreifen. Also  
her mit der Arbeitslosen-Unterstützung und  
zwar so schnell wie möglich!

### Der bettelnde Invalidenrentner.

Wer bettelt, macht sich strafbar und verwirkt Gefängnis-  
strafe. So bestimmt es der Buchstabe des Gesetzes. Keine Aus-  
nahme gilt, und es ist ganz gleich, ob den „Bettler“ der na-  
gende Hunger oder ein mangelndes Obdach dazu zwingt.  
Um fremden Türen anzulopfen. Der jetzt 68 Jahre alte frühere  
Schmied Hermann J. bezahlt eine monatliche Hand-  
lenderente von 14 Mark. Davon soll er sich und seine  
Frau ernähren, die Miete bezahlen und alles andere bestreiten,  
was zu des Lebens Notdurft gehört. Sein Handwerk kann  
der Mann nicht mehr betreiben, und selbst letzte Beschäftigung,  
wie Verteilen von Fleischresten, kann er wegen seines gebrech-  
lichen Zustandes heute nicht mehr verrichten. Die Frau ist  
ebenfalls außerstande, etwas zu verdienen.

Da machte sich der Alte vor einiger Zeit, begleitet von  
seiner Frau, auf den Weg, um in einigen Geschäften auf der  
Klosterstraße um milde Gaben vorzusprechen. In einem Flei-  
ßerladen schenkte man ihm ein Stück Brot, die er gleich im  
nächsten Hausrat zu verzehren gedachte, weil er noch nicht viel  
im Magen hatte. Aber ein Hüter des Gesetzes hatte den Alten  
erfaßt; es war der Schmied Hermann Schimme, der in  
Bivil „Patrouillenstreife“ machte. Bevor der frühere Schmied  
das Süßliche seinem Mund zuführte, hatte ihn schon  
der wachssame Polizeimann am Kragen, um ihn auf die nächste  
Polizeiwache mitzunehmen. Wenige Wochen später erhielt der  
Mann wegen Bettelns einen Strafbescheid über drei Tage  
Gef. t. Dagegen erhob er Einspruch.

Am Mittwoch erschien der gebrechliche Invalid vor dem  
hiesigen Schöffengericht für Uebertrittsstachen. „Die Strafe  
ist mir zu hoch“, erklärte der Alte mit schwacher Stimme dem  
Vorsthenden, Amtsgerichtsrat Müller, der sich die größte  
Mühe gab, den Angeklagten zu bewegen, seinen Einspruch zu  
zulässigen. Der Richter führte dem Invaliden vor Augen,  
daß der Gerichtshof das Recht habe, die Strafe h d h e r als  
drei Tage hoff zu bemessen; auch könne auf „Uebertritt“ (Ar-  
beitshaus) erlassen werden. Aus den Aien war ersichtlich, daß  
der Angeklagte vor vielen Jahren schon einige Male wegen Bet-  
teln und einmal wegen Körperverletzung bestraft worden ist.  
Der Alte hielt keinen Einbruch aufrecht. Etwa zwanzig

bleibt, was dann?“ — „Nun, dann tu ich den leben, daß  
ich mit mir Schluß mache.“ — „Das können Sie hal-  
ten, wie Sie wollen; aber springen Sie nur nicht cara vor den  
Augen des Publikums in den Städteabend, damit durch Sie  
ein unnötiges Aufsehen erregt wird.“, beherrte der Amtsgerichts-  
rat Müller den verzweifelten Angeklagten. Tatsächlich wurde  
an den drei Tagen nichts geändert. Der Schmied hat als  
Zeuge den alten Mann dadurch sehr belastet, daß er bestwore,  
er hätte ihm „Widerstand“ bei der Rethmohne zur Hand ge-  
setzt. Diese Angabe wirkt etwas sonderbar, wenn man sich  
den alten Mannesalter stehenden, kräftig gebauten  
Schmied anseh und daneben den von der Künd des Alters  
und der Not abgewandten Arbeiter. Der Amtsgerichtsbeauftragte  
sagte, n u t t ! Mark monatlich könne der Angeklagte „an d  
gut auskommen“; er habe nicht nötig gehabt, zu betteln,  
meint er bitterlich und seine Frau ergänzte ihm mit den Wor-  
ten: „Storm, Vater, lass auf hin, es steht noch ein Gott im  
Himmel ...“ Der alte Mann wußt also ins Gefängnis  
weil er ein Stückchen Brot erbetet hat. Wie sah man doch  
vor Jahren in Breslau: Für die Arbeiter ist ge-  
fordert bis ins hohe Alter hinein. Da geht es, es  
gibt Alters- und Invalidenrente. Da sind aber so niedrig,  
daß man Betteln gehen muß. Nun, im Gefängnis bekom-  
men dann die Juva den wenigsten fast zu essen.

### Eine „Berichtigung“.

Genosse Förster, der zurzeit in Krankheitsurlaub ist, schreibt uns:

Wie ich aus der „Volksrach“ sehe, hat sich Herr Gotsch,  
der Chefredakteur der „Schlesischen Morgenzeitung“, gewünscht  
gefühlt, uns auf Grund des samsten Pressegesetzes — das den  
Redakteur auch zur Aufnahme von solchen Berichtigungen ver-  
pflichtet, von denen er weiß, daß sie unwahr sind — zur Auf-  
nahme einer Berichtigung zu zwingen.

Herr Gotsch behauptet, in dem Gerichtsberichte „Auch ein  
Kampf gegen die Sozialdemokratie“ sei die Stelle „unwahr,  
nach der er gesagt haben soll, ihm (Gotsch) stehe eine ge-  
wisse Aufsicht auch über die Parteisekretäre zu.“

Ich werde gleich seinem Gedächtnis, das in diesem Punkte  
ja merkwürdig schwach zu sein scheint, etwas nachhelfen.

Ich schrieb als Angeklagter vor Gericht aus, daß ein Che-  
redakteur höchstens berechtigt wäre, für die Partei zu  
berichten, die in seiner Redaktion täglich gewesen wären, nimmer  
aber für die ihm gewisst unterstehenden Parteisekretäre. Ich bestreite auf das entschieden, daß er zur Berichtigung un-  
mittelbar interessiert war, denn nach meiner Kenntnis wären  
überall Redaktionen und Parteisekretäre von einander unabhän-  
gig. Um das Gericht von mir zu überzeugen, und auch vom  
Vorsthenden zu einer Erklärung aufzufordern, erbat Herr Gotsch  
sofort das Wort und erklärte: Er hätte sehr wohl ein ganz na-  
herrliches Interesse an dem zur Debatte stehenden angeblichen  
Hinweis der Verteilung — einschließlich der Parteisekretäre —  
gehabt, denn „auch über diese stand ihm in ge-  
wissen Sinne eine Aufsicht zu. Außerdem wären  
die Herren ja zur Mitarbeit verpflichtet.“

Mit dieser „Aufsicht im gewissen Sinne“ wollte Herr  
Gotsch dem Gerichte ja krankhaft seine Berechtigung zur  
Berichtigung darlegen. Ich kam später noch einmal auf  
diesen angeblichen engen Zusammenhang zwischen Redaktion  
und Sekretariat zu sprechen und fragte: daß es jeden-  
falls auch in der Partei des Herrn Gotsch so wäre wie überall,  
nämlich daß Redaktion und Parteisekretariat Dinge wüssten, die  
getrennt nebeneinander arbeiten. Gerade diese aufsätzliche  
Wendung vor der Oberstaatsanwaltschaft war es ja, die seiner  
Berichtigung eine gewisse Berechtigung (natürlich nur im Sinne  
des Gesetzes) gegeben, und die ich, weil sie mir ganz unwahr-  
scheinlich vorkam, zu erfrütteten suchte.

Im übrigen hat Herr Gotsch es ja in der Hand, den  
Wortlaut seiner Anerkennung durch Zeugenstab der Beteiligten fest-  
stellen zu lassen. Diese Zeilen sollen die Handhabe dazu geben.

Franz Förster, Breslau.

\* Die Breslauer Handwerkskammer hält Dienstag, den 16. Juni, im Saale der Landesversicherungsanstalt auf dem  
Höfchenplatz ihre 24. Vollversammlung ab. Auf der Tagesord-  
nung stehen u. a. Berichte über das Geschäftsjahr 1913 und die  
Verbindungsstelle, Lehrlingsangelegenheiten und die Errichtung  
von Amtslägen. Vielleicht beschäftigt sich die Handwerkskammer  
auch mit dem Kreidetresen der Handwerker, einer Frage, die jetzt  
nach dem Krach in der höchsten Innungsbank für alle Hand-  
werker gewiß von großer Bedeutung ist. Der Syndikus der  
Handwerkskammer, Herr Dr. Paeschke, der ja auf diesem  
Gebiete nicht ohne Erfahrungen ist, dürfte sicherlich mit seinem  
Rate nicht zurückhalten.

\* Das alte Markt. Viele alte Häuser werden jetzt in Bres-  
lau abgebrochen. Auf der Kupferschmiedestraße mußte die  
Häuserreihe vor den kleinen Fleischbänken fallen, weil der starke  
Verkehr gefährdet war. Am Neumarkt, in der Langen Holzgasse  
und Biegengasse fordert ein Erweiterungsbau des Oberpräsi-  
diums, daß mehr als zehn Wohnhäuser verschwinden. Jetzt soll  
mit dem Abbrechen auch an der Engelsburg begonnen werden.  
Der alte Schlachthof wird endlich einem Elektrizitätswerk Platz  
machen und einige baufällige Häuser in der Nähe einem großen  
Gemeindehaus für St. Elisabeth. Auch die Mälergasse  
dürfte zu Beginn des neuen Jahres verbreitert werden. Die  
meisten Häuser der Südseite an den großen Fleischbänken sind  
bereits von der Stadt angekauft worden, um auch hier mehr  
Licht und Luft zu schaffen.

\* Falsche ½ Markstücke. In letzter Zeit sind mehrfach  
falsche ½ Markstücke in den Verkehr gebracht worden. Die  
Falschgäste tragen die Jahreszahl 1912 und das Prägezeichen D. Sie haben  
eine bleiche Farbe, einen schlechten Klang und eine sehr un-  
saubere Randbeschaffung. Die Verbreiter der Falschgäste verfügen  
diese besonders in kleinen Geschäften abzusehen. In einzelnen  
Fällen ist als Ausgeberin ein Mädchen im Alter von 10 bis 12  
Jahren aufgetreten.

\* Werft keine Absätze auf die Straße. Die höchst verwer-  
sische, besonders in Breslau heimische Unsitte, Kriecherne, Va-  
nantenhalen, andere Obstreste und sonstige Absätze auf die  
Straße zu werfen, die neuerdings ausdrücklich unter polizeiliche  
Strafe gestellt ist, hat wieder ein Opfer gefordert. Am Mitt-  
woch ist eine Frau auf der Poststraße, Ecke Kägelstraße, über  
einen Kopftalgatz ausgestiegen, als Fall gekommen und hat  
einen Bruch des rechten Unterarmes erlitten. Sanitäter hat  
beurtheilt, daß die Verunglückte mit dem Krankenwagen ins

\* Ehrung eines Distriktsführers. Der Christlicher Genosse  
Paul Hoffmann besteht seit 10 Jahren das Ehrenamt  
eines Distriktsführers im Distrikt 10 (Sandtor) des sozialdemo-  
kratischen Vereins Breslau. Als sich Hoffmann am Montag nach  
28 wöchentlicher Krankheit wieder im Bahnhof seines Distrikts  
einwand, wurde ihm eine Ehrung durch die Genossen und  
Genossen zuteil. Derstellvertretende Distriktsführer Genosse  
Baumann in überreichte ihm mit einer ehrenden Ansprache das  
ihm eingerahmte Bild „Denkmäler im Herzen des Volkes“ und  
seine Ehrung „Nach zehn Jahren“ und „Bevel“ „Die Frau  
und der Sozialismus“. Genosse Hoffmann, der auch lang-  
jähriger Schriftsführer unserer Parteorganisation ist, dankte höchst  
erkennbar für die ihm erwiesene Ehrung und erklärte nur seine  
Würde für die Partei getan zu haben. Als Hoffmann vor zehn  
Jahren sein Ehrenamt antrat, zählte der Distrikt 173 Mitglieder.  
Im Jahre 1908, als die Mitgliederzahl auf etwa 600 angewachsen  
war, wurde der Distrikt geteilt, und Genosse Hoffmann behielt  
davon 260 Mitglied. Jetzt gehören ihm 45 Genossen und  
Genossinnen an. Der Distrikt 10 gehört damit zu den Di-  
strikt, die berechtigt sind, zwei Distriktsführer zu stellen. Ge-  
wählt wurden die Genossen Hoffmann und Baumann.  
Auch wir wünschen unserem Freunde Hoffmann, er möge noch  
recht lange in ungekrüpter Gesundheit für unsere große Sache in  
seinem Distrikt wirken.

\* Banddiebstahl. In einem Neubau auf der Reuterstraße  
sind am Dienstag abends zwischen 8 und 10 Uhr junge Burschen  
eingedrungen, haben einen neu gesetzten Ofen auseinandergerissen,  
Scheiben und Lampen zertrümmert und Fensterläden ab-  
geschlagen. Der angerichtete Schaden beträgt über 50 Mark.  
Am 8. d. M. früh sind unbekannte Burschen in einen Schre-  
bergarten an der Meissnerstraße eingedrungen, haben dort Kürbis-  
pflanzen und Blätterchen herausgerissen, Johannis-, Stachelbeer-  
und Rosensträucher abgeschüttelt, eine Fahnenstange zerbrochen  
und die Fahne ins Kloset geworfen. — Auf einem unbebauten  
Grundstück an der Güntherstraße sind auf dem dort angelegten  
Frühstück wiederholt die Fensterläden mutwillig zertrümmert  
worden. Es konnten nachträglich mehrere Schüler als Täter  
ermittelt werden.

\* Paketdiebstahl. Am Dienstag vormittag sind einem hiesigen  
Siedler von zwei Rollwagen Pakete gestohlen worden, in  
einem Falle auf der Lauenhienstraße ein Karton mit Wäsche  
(geg. E. N. 42), im andern auf der Herrenstraße ein Karton mit  
Hüten (geg. E. B. 22).

### Vereine und Versammlungen.

\* Französischer Unterricht. Ein neuer unentgeltlicher Unter-  
richtskurs für Herren und Damen beginnt Freitag, 12. Juni,  
abends Punkt 8 Uhr im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses.  
Anmeldungen an Ort und Stelle. Fortgeschrittenen können sich  
auch zum französischen Besitzkurs melden.

### Theater, Konzerte und Vergnügungen.

\* Mitteilungen aus dem Direktionsbüro

\*) Schauspielhaus (Operettenbühne). Heute Donnerstag,  
gelangt die bei der 2b. Aufführung am Dienstag mit lebhafter  
Vorleistung von dem gutbesuchten Hause aufgenommene Wölfe:  
„Wie einst im Mai“ durch das Berliner Theater-  
Ensemble zur Wiederholung; ebenso an den folgenden  
Tagen. Der Bühnentausch findet täglich von 10—2 Uhr an der  
Kasse des Schauspielhauses statt.

\* Bitteria-Theater. Die am Montag ihre Erstaufführung erlebten und wiederum  
von Publikum und Presse mit vollem Lob aufgenommen wurden,  
„Das Bett Napoleons“, „Wüstenmoral“, „Uh-  
da staun' ich!“ und „Ein Teufelskater“ gelangen nur  
noch an vier Abenden zur Aufführung, weil bereits nächsten  
Montag wiederlicher Repertoire-Wechsel eintritt. Anfang  
der Vorstellung 8 Uhr.

### Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

#### Die Ordnungsstrafe.

Die letzte Sitzung des Bezirksausschusses beschäftigte sich  
mit den Berufungen, die der Genosse Strowig gegen zwei  
Ordnungsstrafen eingelegt hatte. Er hatte sich diese Strafen in  
Ausübung seines Amtes als Gemeindevertreter von Kreiter et al  
auszogen. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Am 29. März 1913 stand auf der Tagesordnung der Ge-  
meindevertretung Kreiter eine Mitteilung an die Verammlung,  
daß in einer Verwaltungsstreitsache Gröwig gegen die  
Gemeindevertretung für den 17. November Termin vor dem Ober-  
verwaltungsgericht anberaumt worden sei, und eine Beschlus-  
fassung darüber, ob zu dem Termine ein Vertreter zu  
entsenden sei. Es handelte sich um eine Klage Strowig wegen  
einer ihm von der Gemeindevertretung auferlegten Ordnungs-  
strafe. Der Gemeindevertreter forderte Strowig auf, während  
der Beratung dieses Gegenstandes den Sitzungssaal zu verlassen.  
Gröwig bestritt dem Gemeindevertreter das Recht, ihn  
auszuschildern, und weigerte sich, den Saal zu verlassen, worauf  
die Gemeindevertretung eine Ordnungsstrafe von drei  
Mark gegen ihn beschloß. Er stellte auf Entstehung von der  
Ordnungsstrafe. Der Kreis aus Strowig wies die Klage ab,  
weil eine Kollision von Interessen vorliegen habe, und der  
Gemeindevertreter daher berechtigt gewesen sei, den Kläger zum  
Verlassen des Saales zu zwingen. Gegen dieses Urteil des  
Kreisausschusses hatte Strowig Berufung eingelegt. Am 26. No-  
vember 1913 sollten in der Gemeindevertretung die Klage  
Gröwig wegen der am 29. September über ihn verhängten  
Ordnungsstrafe und ferner die am 17. November ergangene Ent-  
scheidung des Oberverwaltungsgerichts in der früheren Streit-  
sache zur Sprache kommen. Die Gemeindevertretung beschloß,  
für die Dauer der Verhandlung über diese beiden Punkte die  
Gemeindevertretung auszuschließen, und der Gemeindevertreter forderte  
auch Strowig auf, so lange den Sitzungssaal zu verlassen,  
weil eine Interessenkollision vorliege. Wieder weigerte sich  
Strowig und wurde deshalb in eine Ordnungsstrafe von 3 Mark  
genommen. In der auch hiergegen erhobenen Klage rügte er,  
daß der Beschluss über den Ausschluß der Gemeindevertretung in  
öffentlicher Sitzung gefasst worden sei, anstatt in geheimer, und  
bestritt wieder das Vorliegen einer Interessenkollision. Der  
Kreis aus Strowig wies auch diese Klage ab.

Der Bezirksausschuss wies beide Berufungen zurück.  
Weidenhof. Einbruch. Auf dem Dominium ist in der  
vergangenen Nacht ein Stall entbrochen worden, und es sind dort  
aus 6 großen und 6 kleinen Kühen, 2 Kaninchen, 1 belgisches Hirschen-  
kaninchen und 1 blaues Büchnerkaninchen gestohlen und auf der Stelle  
abgeschlachtet worden. Nach den vorhandenen Spuren haben  
die Einbrücker die Stelle am Morgen auskundschaftet, die mit Stahl-  
rädern geschnitten sind; es handelt sich sonst höchstwahrscheinlich  
um Breslauer Diebe, die die Weile nach Breslau geschafft



## Überhandnahme der Kollidiebstähle.

Der Polizeibericht meldet: Ungeachtet der fortlaufenden mahnenden Entwicklungen von Paketen von Kollwagen und anderen Fahrzeugen, und trotz kriminalpolizeilicher Festnahme verschiedener Kollidiebe hat die Zahl dieser Diebstähle nicht merklich abgenommen.

Seit dem 1. Januar 1912 sind im ganzen 91 Kollidiebstähle polizeilich gemeldet worden. Davor enthielten 81 Pakete Webwaren, Leinen, Wollwaren, Tücher, Kleiderstoffe usw., sieben Pakete waren mit Schuhwaren gefüllt, sechs bewehrten Papieren auf, in drei waren Fleischwaren vorhanden und endlich enthielten 24 Kollis verschiedene Waren.

\* Vermischt wieb seit dem 25. Mai der 25 Jahre alte Schuhmacher Anton Korpilla, der bisher Sadowstraße 88 gewohnt ist. Er ist etwa 1,65 Meter groß, hat dunkles Haar, braune Augen, kurze, blonde Schnurrbart und trug ein grünliches Jackett, dunkle Hose, schwarzen, steifen Hut, braune Strümpfe und braune Schuhstutze.

## Schlesien und Posen.

### Die Lebensmittelpreise.

Das Jahr 1912 brachte uns außerordentlich hohe Preise für alle Güterstrüche, Kartoffeln, Milch, Butter, Fleisch und Zucker. Emden hat zwar eine langsame Besserung stattgefunden, aber immer noch kosterten im Kleinhandel im Durchschnitt von 52 größeren preußischen Städten Erbsen pro Kilogramm 23 Pf., jener wie im Jahre 1911, Bohnen 7,5 Pf., Linsen 5,5 Pf., Butter 17 Pf., drei Pfund Rogg 58 Pf., das ausnahmsweise Schneidefleisch 7 Pf., teurer. Sogar das Pferdefleisch (10 kg) kostet 16 Pf. gestiegen. In den schlesischen Hauptmühlungsplätzen kosteten Erbsen 30 bis 40 Pf., in Königsberg dieses Jahres gerechnet, in Breslau 31, Görlitz 40, Liegnitz 32, Königshütte 30, Muskau 35 Pf., im Staatsdurchschnitt 39,8 Pf. Das Kilogramm Butter kostete im Staatsdurchschnitt 27,3 Pf., in Breslau und Görlitz 260, in Liegnitz 21, in Königsberg 265, in Gleiwitz 275, war also in der letzten Stadt am teuersten. Welzow erzielte Staatsdurchschnitt 27,3 Pf., kostete in Königshütte 28 Pf., in Liegnitz 32, in Breslau 33, Görlitz 31 und Muskau 36 Pf. Die Milch, die im Staatsdurchschnitt auf 29,9 Pf. stand, kam in Königshütte und Gleiwitz auf 29 Pf., in Görlitz und Liegnitz auf 18, in Breslau auf 19 Pf. Das Pferdefleisch war am teuersten in Liegnitz mit 100 Pf. (Staatsdurchschnitt 89,6 Pf.) und kostete auch in Görlitz 90 Pf., dagegen in Königshütte und Gleiwitz 80, in Breslau 85 Pf.

Wie verschieden übrigens die Preise in den verschiedenen Regionen sind, erhebt daraus, daß zum Beispiel die höchsten Fleischpreise im Staate, nämlich 23 bis 24 Pf., in Düsseldorf, Karlsruhe, Hanau, Frankfurt a. M., die niedrigsten mit 14 bis 16 Pf. in Tilsit, Allenstein, Memel, Köslin usw. gezahlt wurden. Die teuersten Erbsen gab es in Trier und Biesenthal mit 48 Pf., das Kilogramm, die billigsten in Allenstein mit 25, Brandenburg mit 30, Bielefeld, Posen und Liegnitz mit 32 Pf. Am teuersten waren die Kartoffeln in Emden (pro Kilogramm 12 Pf.), Bromberg (10), ebenso Osnabrück, Münster und Cassel, während die billigsten Kartoffelpreise in Breslau (5 Pf.), Stade, Stein, Cottbus, Danzig und Berlin (6 Pf.) zu finden waren. Es hat den Anschein, so schreibt die schlesische wirtschaftliche Korrespondenz, als ob weder der Handel in seiner Organisation, noch die Eisenbahnenverwaltungen in ihren Ziffern ganz auf der Höhe der Zeit stehen. Sonst wären solche Differenzen nicht möglich, vielmehr leicht ausgleichbar.

**Neichenbach,** 11. Juni. Die Nebeneinnahmen des Magistratsbeamten. Bereits in der letzten Schwurgerichtsperiode beschäftigte sich das Schwurgericht Schleiden mit Verfehlungen, die sich der frühere Magistratsassistent Richard Volpert von hier zugeschuldet kommen ließ. Er wurde damals wegen Urkundenfälschung und Betrug zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Jetzt mußte Volpert wiederum als Angeklagter vor der Schleidenischen Strafkammer erscheinen. Nicht weniger als 32 Fälle von Unterschlagungen legte ihm die Anklage zur Last. Er mußte zugeben, daß er Beträge von 5 bis 115 Mark unterschlagen und sich auf diese Weise 800 Mark angemessen hatte. Wenn Möbelstücke von kleinen Hausinhabern versteigert wurden, ließerte er den Erlös nicht ab, sondern verwendete ihn im eigenen Haushalt. Das weitere hat er gestanden, die ihm für Fürsorgeerziehung usw. anvertraut wurden, nicht an die zuständigen Stellen abgeführt. Nunmehr diktulierte ihm der Gerichtshof eine weitere Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten zu, so daß Volpert nunmehr 2½ Jahre Gefängnis zu verbüßen hat.

**Banzlau,** 11. Juni. Der Arbeiter darf singen — aber unter Polizeilaufschluß. Hier erhält ein Steinmühch von der Polizei unter Strafantrag die Aufforderung, Sitzungen und Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes des Arbeiter-Gefangenvereins „Liederschau“ der Polizei vorzulegen, denn nach Ansicht der Polizei „dient dieser Verein der sozialdemokratischen Propaganda und ist daher ein politischer Verein, d. h. ein solcher, der Einwirkungen auf politische Angelegenheiten bezweckt“. Nun ist aber der Genosse, der sich dieser volkseitlichen Aufmerksamkeit erfreut, gar nicht Vorstandsmitglied eines Arbeiter-Gefangenvereins „Liederschau“, der übrigens überhaupt nicht existiert. Die Polizei wird sich daher recht lange gedulden müssen, ehe ihrer Aufforderung Rechnung getragen wird.

**Bohlaus,** 11. Juni. Genossen und Genossinnen! Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, findet im bekannten Lokal die Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Referent ist Genosse K. Okonsky - Breslau. Genossen, agitieren für guten Besuch.

**Nelße,** 11. Juni. Weiterschaden. Das am Montag gegen Abend über Oberleuten ziehende Gewitter brachte zwar fruchtbare Regennässen, stetigweile ging aber auch Hagel nieder. Insbesondere sind in der Nelßer Gegend die Feldmarken von Groß-Neudorf von Hagelschlag schwer betroffen worden.

**Beuthen,** 11. Juni. Die Lehrer streiken. Vorläufig allerdings nur beim Schneidzählen. Die „Schlesische Lehrerzeitung“ berichtet aus dem benachbarten Schatzau, daß es dort immer als feststehende Tatsache galt, daß bei jedem Zählgeschäft die Mitwirkung der Lehrerchaft in Anspruch genommen wurde. Stets wandte sich in solchen Fällen die Gemeinde-Bewaltung Sch. in erster Linie an die Lehrer, die auch immer den Wünschen ihrer Kommune entsprochen haben. Diesmal aber blieb das Ergebnis, die Lehrerschaft möchte sich an der Schneidzählung beteiligen, aus! Und warum? Wie vor einiger Zeit berichtet wurde, hat die Gemeindevertretung von Schatzau die von den Lehrern wiederholt nachgesuchten Ortszulagen mit aller Bestimmtheit abgelehnt! Unter solchen Umständen müßte man sich natürlich die Mitarbeit der Lehrerschaft bei dem diesjährigen Zählgeschäft versagen. Und so blieb nichts übrig, als private Bergbeamte mit dieser Arbeit zu betrauen.

Man sieht, weiterschülernd ist dieser Zählkampf nicht. Wenn die anscheinend überzarte Gemeinde die Lehrer zum Schneidzählen aufgefordert hätte, dann — vor mehr? Vielleicht hätten sich doch ein paar Arbeitswillige gefunden. Jedenfalls können die primitiven Lehrer zweifellos in dieser Hinsicht von ihren englischen Kollegen noch viel lernen.

**Zabrze,** 11. Juni. Unterschlagungen. Der „Oberschlesische Wandere“ meldet mit Vorbehalt: Geschwisterweise verlautet, daß auf der Concordia-Grube in Zabrze 97000 Durchsteche reisen aufgedeckt worden seien. Es heißt, daß nach vorläufigen Ermittlungen allein von den Zollgebäuden 9000 Mark gelehnt haben. Da die Zollstelle nichts anderes als eine Kontrolle über die Eingang und Ausgänge an Materialien usw. bedeutet, so lassen sich aus genannter Summe auf die Höhe der Unterschlagungen Schlüsse ziehen. Am Sonnabend ist der Obersteiger Zimny entlassen worden; weitere Entlassungen stehen bevor. Gestern soll bereits die Staatsanwaltschaft Durchsuchungen vorgenommen haben.

**Newstadt o. S.**, 11. Juni. Von den Stadtvätern. In einer außerordentlichen Sitzung erklärten sich die Stadtväter mit der Annahme eines Vermögensverlustes von 1000 Mark vom verstorbenen Rentner Karl Spiller einverstanden. Die Gläser sollen zur Instandhaltung der Brust des Elsters verwendet werden. Die Beiträge für die land- und forstwirtschaftliche Versuchsgesellschaft für das Revier Arnoldsdorf in Höhe von 878,87 und 120,20 Pf. wurden bewilligt. — Die Belebung eines Altars für die Hauspatrone im städtischen Krankenhaus Hedwig- und May-Blinke-Erlösen werden dem Kunstmaler Peter Schleifer überreicht zum Preis von 1180 Pf. Nach Verhandlung der Kirchenältesten in den hiesigen Protestantengemeinden an Frau Anna Mietkow als der Pleißebünden wurde von den Magazinbeständen der Gasanstalt Kenntnis genommen. — Und deshalb eine außerordentliche Sitzung?

**Michałowice,** 11. Juni. Opfer der Grube. In vorliegender Nacht wurde auf der Maxgrube der Häuser Wilhelm Kossela von der Altenstraße 11 hier, der erst vor mehreren Monaten geheiratet, von herabfallenden Kohlenmassen getötet. Außerdem erlitten zwei Schlepper schwere Verlehrungen.

**Tschosken,** 11. Juni. Unglücksfall. Die heftigen Stürme der letzten Tage löckerten an der Matthes'schen Dampfmühle eine Dachluke, die mit großer Wucht zur Erde niedersank. Die Holz- und Männerreste trafen die elfjährige Tochter des Müllers Kurewski so ungünstig, daß sie eine Gehirnschädigung und schwere Schädelverletzung erlitt, die ihren baldigen Tod herbeiführte. Ferner wurde die neunjährige Schülerin Kliniewicz von den Trümmerstücken getroffen und erlitt einen Bruch des Oberarmens.

**Großbergen,** 11. Juni. Opfer des Alkohols. Die jugendlichen Hölzer Wegauer und Hellwiga aus Posen haben bei der Musterung im März d. J. dem Alkohol stark zugesprochen und unter Einschluß desselben drei andere junge Leute ohne jeden Grund gemeinschaftlich körperlich schwer misshandelt. Dieser Leichtsinn, der nur dem Alkohol zuzuschreiben ist, müssen sie nun mit fünf beziehungsweise vier Monaten Gefängnis büßen. Sie wurden auch gleich in Haft genommen. Und dabei predigen die Spiritusbrenner, der Alkohol sei ein unentbehrliches Volksnahrungsmittel.

— Ein schlechtes Geschäft gemacht hat die Arbeiterfrau P. aus Schwedenhöhe. Am 23. Dezember v. J. hatte sie einen Termin als Zeugin wahrgenommen und sich an Gebühren zwei Mark bezahlen lassen, trotzdem ihr nach Ansicht des Sachverständigen nur eine Mark stand. Wegen Verzuges wurde sie vom Schöffengericht zu drei Mark Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Wegen Vergehens gegen das Kinderbeschutzgesetz wurde der Molotorenbetrieb Haedke von hier zu der geringen Strafe von drei Mark verurteilt. Er hat Kinder unter 14 Jahren morgens vor 8 Uhr zum Milchaustragen beschäftigt. Die Mutter der Kinder erhielt eine Mark Geldstrafe.

**Schneidemühl,** 11. Juni. Aus der Partei. Die hier liegende Wahlkreisskonferenz des Kreises Kolin-Marzahn war von sämtlichen Ortsgruppen durch Delegierte vertreten. Den Bezirksvorstand vertrat Genosse Hartwig in Bromberg. Aus dem Beirat ist zu entnehmen, daß der Mitgliederstand so ziemlich stabil geblieben ist. Trotzdem die Konjunktur im verflossenen Jahre eine recht starke war, wurden doch eine außergewöhnliche Anzahl Genossen aufgenommen. Beider wurden die Neuen wieder sehr geliebt, da eine große Anzahl tüchtiger Parteigenossen wegen Arbeitslosigkeit die Provinz Posen verlassen mußten. Die Kassenverhältnisse waren im Vergleich zum Vorjahr günstiger. Beim Punkt „Agitation“ wurde beschlossen, eine Broschüre, bestellt „Die Vertretung der Landarbeiterinteressen im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus“, zur Verteilung zu bringen. Die Verteilung soll von den radfahrenden Genossen übernommen werden. Neben unserer Beteiligung an den Kommunalwahlen sprach Genosse Th. Hartwig-Bromberg. Diesem kürzlichen Vortrag folgte eine lebhafte Diskussion, aus der hervorging, daß sich die Genossen bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen beteiligen werden. Die Wahl des Kreisvertrauensmannes fiel wieder auf den Genossen M. Beyrein in Kolin. Beim leichten Punkt, Kreisangelegenheiten, wurde die Delegation zum deutschen Parteitag beprochen. Nach Lage der Verhältnisse kam ein Beschluß zustande, gemeinsam mit einem andern Wahlkreis den Genossen Th. Hartwig-Bromberg zum Parteitag zu entsenden. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die in allen Teilen gut verlaufenen Wahlkreisskonferenz geschlossen.

## Parteianangelegenheiten.

Grundsätze des Kommunismus bestehen sich eine zwölf Bogen umfassende Propagandaschrift, die im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ (Paul Singer, G. m. b. H.) soeben erschienen ist und Friedrich Engels zum Verfasser hat. Es ist ein von dem Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus im Jahre 1847 verfaßter Entwurf zum Glaubensbekenntnis der kommunistischen Partei, das in seiner endgültigen, von Karl Marx und Friedrich Engels gemeinsam ausgearbeiteten Fassung als dann der Name „Kommunistische Manifest“ erhebt. Von dieser glänzend geschriebenen Flugschrift, die zu den klassischen Erzeugnissen der Literatur des modernen Sozialismus gehört, und in alle Kultursprachen übersetzt worden ist, findet man die Grundgedanken auch in der uns nun hargebotenen Engelschen Abhandlung, die sich vom Kommunistischen Manifest in der Sprache, im Aufbau und auch im Umspann unterscheidet, in der Tendenz aber völlig mit ihm übereinstimmt. Sie ist eine Art Katalogus, worin in Frage und Antwort die Begriffe des Kommunismus und des Proletariats, die Entstehung des letzteren und seine Unterscheidung von den Arbeitersassen, seines Gesellschaftszu-

sände, die wirtschaftliche Entwicklung, der es seine Entstehung verleiht, und die wirtschaftlichen Umstände und Kräfte, die zur Entwicklung der heutigen bürgerlich-kapitalistischen in die kommunistische Gesellschaft treten, sowie das Leben und die Aktionen der vom Proletariat zu vollziehenden sozialen Revolution entwidelt werden. Alles das ist in so wunderbar klare Sprache und gemeindlicher Darstellung, daß man die Schrift nicht mit Unrecht als eine Einführung in das Kommunismus bezeichnet kann, die ebenso grammatisch geweihten Sätze dem noch ungekultivierten Leser oft eine schwer zu bewältigende Aufgabe stellen.

Engels singt geradewegs mit der Frage an: Was ist der Kommunismus? und antwortet darauf: Der Kommunismus ist die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats. Aber nicht jedem Arbeiter ist der Sinn des Wortes Proletariat ohne weiteres klar, und so lautet die zweite Frage: Was ist das Proletariat?, worauf dieser Begriff erläutert wird und seine Bedeutung die dritte Frage herorruft: Es hat also nicht immer Proletarier gegeben? Da die Antwort verneint ausfällt, stellt sich natürlich die vierte Frage ein: Wie ist das Proletariat entstanden? Und so geben Frage und Antwort systematisch weiter. In einer sehr durchfachter Gliederung, wo eine Frage immer in natürlicher Folge aus der Antwort auf die vorhergehende Frage sich ergibt, wird der unglaubliche Leser Schritt für Schritt mit der kommunistischen Lehre vertraut gemacht, die nichts anderes ist, als was heute die die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus genannt wird.

Die nicht nur wegen ihrer inneren Vorzüglich, sondern auch als bedeutsames Merkmal der Entwicklungsgeschichte des modernen Sozialismus sich empfehlende Schrift ist von G. d. u. d. Veröffentlicht aus dem Nachlaß von Friedrich Engels herausgezogen und mit einem Vorwort sowie erläuternden Fußnoten und Noten in Sinne des Verfassers versehen worden. Bei der Veröffentlichung wurde Wert darauf gelegt, Frage und Antwort im Druck sich kräftig unterscheiden zu lassen, was die Leichtverstülpbarkeit noch bedeutend erhöht.

Die Broschüre ist zum Preis von 20 Pfennig in allen Pariserbuchhandlungen zu haben. Eine Ausgabe auf besserem Papier und in deutscher Ausstattung kostet 50 Pfennig.

## Wetternachrichten der Universität-Sternwarte.

Nach-Dreh-Orientiert d. M. G. S. + 8 Min.	9. Juni		10. Juni		11. Juni	
	Am. 2 Uhr	Ab. 12 Uhr	Am. 12 Uhr	Ab. 12 Uhr	Am. 7 Uhr	Ab. 7 Uhr
Luftrhythme (G.)	+ 20,0	+ 20,0	+ 13,0	+ 20,0	+ 19,0	+ 18,0
Luftdruck (hPa)	739,4	742,6	746,0	745,9	748,6	746,1
Dunstgrad (voro.)	10,4	11,1	9,2	12,5	14,1	18,5
Dunstdauer (Std.)	41	62	53	53	53	53
Wind (0-12)	0	0	0	0	0	0
Wetter	Wolig	Wolig	bedeckt	heller	gr. Wolken	bedeckt

Zur Reduktion auf Meeresspiegel sind 18,1 mm hinzuzufügen.

Höhe der Niederschläge seit gestern früh 4,60. Nachts Gewitter und Regen.

## Wetterstands-Nachrichten der Oder.

S	S	N	N	W	W	E	E	Breslau	S	S	
11. 6.	11,00	0,77	2,00	10,44	3,82	1,08	4,88	1,64	0,83	0,04	4,84
10. 6.	11,07	0,74	2,12	10,41	3,80	1,23	4,86	1,61	0,86	0,09	4,80
Mittel	11,88	0,98									



## 2. Beilage.

## Preußisches Abgeordnetenhaus.

91. Sitzung. Mittwoch, den 10. Juni,  
mittags 12 Uhr.

Am Ministerialthe: Dr. Venze.

## Zweite Lesung der Besoldungsvorlage.

Nach dem Kommissionsbeschluß soll die Vorlage rückwirkend am 1. April 1914 in Kraft treten. Eine Resolution der Kommission erachtet die Regierung, baldigst und zwar spätestens, sobald dem Reichstag eine Besoldungs-Novelle vorgelegt wird, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die bei einzelnen Kategorien von Beamten seit der letzten Besoldungsänderung hervorgetretenen Mängel, Härten und Unzulänglichkeiten beseitigt werden; weiter sollen für Beamte mit kinderreichen Familien ein Ausgleich für ihre höheren Bedürfnisse geschaffen, die Unzulänglichkeiten bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses beseitigt und der Bundesrat erachtet werden, die Grundsätze für die Einreichung der Orte in die Ortsklassen nach Maßgabe der den einzelnen Beamtenklassen angemessenen Wohnungen zu ändern.

Ein Antrag Aronsohn (Volksp.) will die Regierung erachten, zu erwägen, ob und inwieweit eine geordnete Krankenfürsorge für Beamte erforderlich und durchführbar ist.

Abg. Dr. Basse (Kons.): Ich hätte gewünscht, daß die Regierung nicht hinter der Vorlage der Reichsregierung zurückbleiben sollte, aber man müsse das Gesetz unverändert annehmen, um es nicht zu gefährden.

Abg. Dr. v. Savigny (Centr.) bedauert, daß Preußen in Beamtenfragen immer hinter dem Reich herhinkt.

Abg. Dr. Wagner (Freitag.): Man darf für Besoldungsrechte nicht die Steuern zu sehr anspannen, Aufbesserung der Unterbeamten ist allerdings nötig.

Abg. Ströbel (Soz.): Wir stimmen für die leider unzureichende Vorlage. Wie im Reichstag, so hätte auch hier die Weisheit der Regierung sagen müssen, daß sie die berechtigten Forderungen der Unterbeamten erfüllen müsse und die Verantwortung kann tragen, wenn sie das nicht tut. Statt dessen aber ist hier nicht einmal der Versuch gemacht worden, den Widerstand der Regierung zu brechen. So aber gehen die gehobenen Unterbeamten trotz ihrer Roistage und der allgemein auftretenden Verachtung ihrer Forderung ihrer aus. Die Resolution verträgt die Beamten nur auf den Vorschlag des Reichs, und da sie hat der Minister sich noch in seiner Weise dazu verpflichtet, einem Vorgehen des Reichs zu folgen. Waren im Herbst im Reiche eine solche Vorlage, so würde dadurch die Taktik der Sozialdemokratie und des Zentrums glänzend gerechtfertigt, das Kompromiß der übrigen Parteien will den Unterbeamten erst 1916 etwas geben und der Finanzminister gab erst 1918. Der Minister beruft sich dabei auf die Finanzlage, die aber so glänzend ist wie nie, und die Erfüllung der Forderungen der Unterbeamten ohne jede Schwierigkeit sofort gestaltet. Das Muster von der Vergleichlichkeit der Beamten machen wir nicht mit, denn sie leisten entweder in den Staatsbetrieben produktive Arbeit, oder sie erfüllen sonst dem Staat werbliche Funktionen und müssen dafür ausständig bezahlt werden. (Zurufe rechts: Das wollen wir auch!) Tun Sie es doch, Sie haben die Macht darüber! (Sehr lauth! lins.) Vor allem muß die Lage der Unterbeamten aufgearbeitet werden, aber gerade, weil das auch die Renten und die Bribotunternehmer zur Geltung besserer Löhne zwingen würde, widerstellt sich dem die Regierung. Die Beamten und selbst die Schande ihres Märsches solidarisches Vorgehen, Verhandlung fürsichtiger Eifersüchtigkeit und einesischen Klassegenossen werden ihnen den Erfolg sichern. Den Beamten wird aber auch klar sein, daß sie nur von einem auf Grund des gleichen Wahlrechtes gewählten Landtag Berücksichtigung ihrer Forderungen zu erwarten haben. (Gelächter rechts, Lobsicherer Beifall bei den Soz.) Der Beweis dafür liegt darin, daß das Dreiklassensystem in diesen Dingen stets dem Reichstag nachgeahmt ist, der die Initiative ergreift hat. Der Reichstag hat sich trotz seiner jetzigen noch lange nicht idealen Aussonderung (Vorleser: Gestalter der Konserventiven) der Interessen der Beamten weit mehr angenommen als das Dreiklassensystem.

Darum sollen die Beamten begreifen, daß sie Verständnis für ihre Interessen nur bei den breiten Massen des Volkes, nicht bei den herrschenden Ausbeutern erfahren, und daß sie darum nur unter einem andern als diesem Geldabwandsrecht ihre Forderungen verwirklichen können. Wollen sich die Beamten nicht Recht und Unabhängigkeit sichern, dann mögen sie kämpfen gegen die preußische Dreiklassenschmach! (Lobsicherer Beifall bei den Soz.) — Abg. Dr. Pappenhelm (Cons.): Das nennt man Fanatismus! — Abg. Dr. Hoffmann: Sie Oberbauernfänger! Stürmische Beifall (links.)

## Geschichtsalender.

12. Juni.

1848 Marsburgfest. Miguel redet republikanisch.  
1913 Großvater Mahmut Scheremet Pascha in Konstantinopel ermordet.

## Aus aller Welt.

## Gleinstädt.

Im städtischen Familien-Obdach zu Berlin befanden sich am 1. Juli 1914 205 Personen, und zwar 26 Familien mit zusammen 99 Köpfen (darunter 39 Kinder und 14 Säuglinge) und 106 Einzelpersonen.

Das nächstliegende Obdach wurde während des Mai von 80.109 Männern und 854 Frauen besucht. Der Tag des geringsten Besuches war der 23. Mai mit 2182 Personen, der des stärksten Besuches der 15. Mai mit 2852 Personen.

Welche Summe von Gleis steht in diesen nahten Ziffern? 80.000 Männer und 854 Frauen haben im Monat Mai das nächstliegende Obdach in Anspruch genommen; außerdem hatten 26 Familien mit 99 Köpfen kein anderes Obdach als die Unterkunft im Asyl.

Gibt es eine größere Notlage gegen die heutige Gesellschaft als das Massenelend, das sich in den oben genannten Zahlen ausdrückt? Nur der geht ins Asyl und ins Obdach, der keinen anderen Ausweg mehr kennt.

Als Überklassen sind vertreten; von Jugendlichen bis zum Greis, Arbeitsfähige und Arbeitsunfähige lassen hier zusammen; alle aber aus einem Motiv: Aus Not.

Viele sind so ausgemergelt, daß sie zur Arbeit zu schwach sind. Unterernährung, Unzulänglichkeit hat sie so abgestumpft, daß sie sich nicht mehr erheben können. Andere wieder sind auf dem Wege, dieser Kategorie zu folgen. Einer Anzahl gelingt es, wieder festen Boden zu fassen und sich herauszuwerken. Aber die letzte Zeit, die mich unter der Krise saß, ist sicher dazu

Abg. Dr. Schröder-Kassel (Nalb.): Wir hätten gern etwas mehr für die Beamten erreicht, aber die Regierung will ja nicht. Für die kinderreichen Beamten muß etwas geschehen, ebenso für die Unterbeamten in Bezug auf das Wohnungsgeld. Welch ist aber der sozialdemokratische Standpunkt: Alles oder nichts, sondern man muß nehmen, was man kriegt.

Abg. Delius (Vo.): Wir begrüßen es, daß die Vorlage zu Ende kommt, nachdem sie im Reichstag gescheitert ist. Hier steht das Zentrum auf unserer Seite. Ströbels Rede sollte nur die Niederlage seiner Partei im Reichstag verdecken. Der Redner begründet dann den sozialpolitischen Antrag und würdigt schließlich, daß die Beamten bei ihren Petitionen künftig auch auf das Wohlwohl mehr Rücksicht nehmen.

Abg. Ströbel (Soz.): Bei der Besoldungsvorlage im Reich forderte die Reichstagsmehrheit nur 9 bis 10 Millionen mehr, die mit Leichtigkeit hätten aufgeschraubt werden können. Die Nationalliberalen sind im Reichstag trotz der Erklärung Bassemanns umgefallen. Wenn das Abgeordnetenhaus nicht mit bei agrarischen Wünschen, sondern auch hier energisch wäre, dann würden Sie mehr durchsetzen.

Die Befreitung schließt. Die Vorlage wird samt der Resolution einstimmig angenommen. Der Antrag Aronsohn geht an die Budgetkommission.

Die Petitionen zur Besoldungsvorlage werden, nachdem ein Regierungskommissar erklärt hatte, daß sie für die Regierung ein wertvolles Material bilden würden, der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Freitag 11 Uhr: Dritte Beratung der Besoldungsvorlage und Haftentnahmegesetz.

Schluß 3½ Uhr.

## Die Mühlhäuser Polizeitaten vor Gericht.

Am Schlus des ersten Verhandlungstages wurden noch Bürgermeister Dr. Baum und ein Jugendlicher der Firma Berger vernommen. Letzterer erklärte, daß die Arbeitswilligen bedroht worden seien, und daß er darauf die Polizei um Schutz gebeten habe. Auf Beifragen gibt er zu, daß er gesagt habe: der Streit mache der Firma nichts aus, da sie aus politischen Gründen keinen Schutz rechnen könne. Die Stammarbeiter der Firma seien Polen, Kroaten und Galizier, die alle Staatsarbeiten, die der Firma übertragen werden, ausführen. — Auf die Frage des Verteidigers an den Regierungsrat Wiedermann, ob wegen der Seuche, die bei Polen, Galiziern und Kroaten groß sei, nicht Ursache genug vorhanden gewesen wäre, den Aufenthalts in ungenügenden und gesundheitswidrigen Paraden zu verbieten, erfolgt keine Antwort.

In der Mittwoch-Sitzung wird als erster Zeuge der

## Abgeordnete Emmel

vernommen, der aussagt, ihm sei vom Bauarbeiterverband mitgeteilt worden, daß die Arbeitswilligen in seinen Paraden mitgebracht seien. Er sei dann ins Streitgebiet gegangen, sei aber dort von zwei Gendarmen vom Platz fortgeführt worden.

Der Bürgermeister Dr. Baum und von Mühlhausen bestand, daß der Polizeipräsident nicht bestritten habe, daß Streitende von der Polizei gehindert wurden, mit den augerufenen Arbeitswilligen zu sprechen. — Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung protestiert der Verteidiger dagegen, daß die höheren Polizeibeamten fortgesetzt in die Zeugenaussagen eingreifen. — Die von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen zeigten positive über Verdorbnungen etc. nicht aufzufinden, das meiste berührte auf Gehörten. Einigen Zeugen ist nun ihre Freiheit mitgeleistet worden, das in der Stadt Gerüchte umhergeschwirren, nach welchen Häuser, in denen Arbeitswillige untergebracht sind, in die Polizei gesprengt werden sollten. Die Gendarmen bestanden, daß die Anklammlungen fast täglich stärker geworden seien. Steinwürfe hätten sie gesehen, außerdem waren ihre Pferde von Steinwürfen getroffen worden. Von Bürgern sei zuerst geschossen worden, dann hätten die Gendarmen von ihrer Waffe Gebrauch gemacht. Dasselbe sagten auch die Schuhleute aus.

In der Nachmittagssitzung wurde der

## Schuhmann Ehre

vernommen, der am 1. Juli am Nordbahnhof Polen gestanden hat. Er führte aus: Aus der Menge heraus sei nach den Polizisten mit Steinen geworfen worden. Die Behauptung, daß er auf einen Jungen gehauen und denselben geschlagen habe, trefse nicht zu. — Der Zeuge Schuhmann, Steinhauser von Berlin, bestand, er habe gesehen, daß drei Schuhleute auf einen Konditor zugingen und der Konditor von einem Schuhmann

heftigkräftige Elemente, die sich mit Not und Mühe noch über Wasser halten, aber auch für viele von ihnen ist es bald zu Ende.

Die herrschende Kasse steht diesem Massenelend ruhig zu, ist es doch ihr Produkt. Sie wirkt den Kraulen hin und wieder ein Mannen zu, gibt ihnen auf einige Tage eine Lagerstätte und einen Teller Suppe mit einem Stück Brot und sie glaubt damit ihr Gewissen beschwichtigt zu haben.

Eine gründliche Besserung kann diese Kasse nicht schaffen, im Gegenteil: durch eine volkssolidarische Zoll- und Raubpolitik zugunsten einiger Weniger wird die Masse ausplündert und in ihrer Ernährung schwer geschädigt.

Die herrschende Gesellschaft „hilft“ dann mit einigen Brocken, sperrt die armen Teufel, die in ihrer Not sich etwas nehmen, in Gefängnisse und Zuchthäuser und erzählt nur dann von der „Gott eingesetzten Welterlösung“, die ewig bestehen müsse.

Und für solche Zustände soll sich die arbeitende Kasse begeistern?

## Furchtbare Brandungslüf.

7 Tote, 28 Verletzte.

Am Mittwoch früh sind in New York sieben Personen, darunter zwei Frauen, beim Brande eines Vogierhauses tödlich verunglückt. 28 sind verletzt. Mehrere fanden durch einen Sprung aus dem Fenster ihren Tod.

Zu der Feuersbrunst, die gestern in der Essexstreet in Osten New Yorks ausbrach, wird noch gemeldet: Das Feuer brach im Laden eines Kramers aus, der in einer großen Mietslasterne, die mehrere hundert Personen beherbergt, wohnt. Die Tochter des Kramers, die das Feuer zuerst bemerkte, lief jedoch, anstatt die Feuerwehr zu alarmieren, auf die Straße, um einen Schuhmann zu suchen, wodurch kostbare Minuten verloren gingen. Bald schlugen die Flammen bis zum fünften Stockwerk empor, und als die Feuerwehr erschien, sah sie sich einem gewaltigen Flammenmeer gegenüber. 25 Personen waren bereits aus den Fenstern

geschlagen wurde und zwar von hinten. Der Geschlagene stand allein auf der Straße. — Der Geschlagene hat zu Prototyp gegeben, daß er von hinten geschlagen wurde, und daß er eine schwere Verlehung davongetragen habe, sodass er drei Wochen im Krankenhaus liegen musste und drei Monate arbeitsunfähig war. — Die ferner vernommenen Schuhleute wissen von keiner geschlagenen ihrer Kollegen nichts. — Der nächste Zivilzunge ist ein junger Knüppel, der befindet, daß er von Schießen aus einer Wirtschaft nichts gehört habe. Er habe sich vor Angst in einem Felde versteckt. Der Zeuge hat eine schwere Hand und sagt aus, daß er von Schuhleuten geschlagen, dann gefesselt und abgeführt worden sei. Führt habe er auch erhalten.

## Reinter Verbandstag des deutschen Transportarbeiterverbandes.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Die Debatte über den Vorstandswahlkampf wurde von Bodelmann, Hamburg mit Ausführungen über den Ausbau der Schuh- und Verkehrs kommunistischen eröffnet. In deren Ausgestaltung hatten auch noch andere Gewerkschaften ein Interesse, die wütigen Beschuldigungen zu den Kosten herangezogen werden.

Brandes-Bremenhaven plädierte für eine andere Methode der Beamtenstellung. Den Mitgliedern sollen dafür mehr Rechte gewährt werden. Leipzig will das Interesse für die Bühnenarbeiter und Kleinfabriken wiedergeben.

Böhm-Braunshausen ist der Meinung, daß die Ortsbeamten zu sehr von der Arbeit abgeholt werden. Auch die Gewerkschaften bringen die Organisation nicht weiter; er glaubt als Universalmittel zur Bekämpfung der Gewerkschaften die Zusammenarbeit aller Arbeit zu einer Organisation empfehlen zu können.

Arnold-Wiel plädiert für hohes Entgeltsgehalt für jene, die öfter dem Verband neu beitreten. In Berlin habe man schon 500 Mark erhoben. Welche Art ist Redner die Beurteilung aus, daß der Startbeitrag mit den Holzarbeiter Schuhleuten schwächer schaute.

Kiel-Hamburg bedeutet, daß die von ihm dringend beantragte Hafenarbeiterkonferenz nicht schon längst, zu mindestens aber vor dem diesmaligen Verbandstage stattgefunden. Sie sei unbedingt notwendig, um eine Aussprache und Verständigung unter den einzelnen Orten herzustellen.

Wiel-Berlin meint, daß das Jahrbuch des Verbandes früher erscheine. Ferner, daß die Vorstand die schon lange verlangte Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Chauffeure antrete und weitere Wege zum Ausbau des Arbeitsmarktwesens für Chauffeure finde.

Hannover gibt zu bedenken, daß eine Herabsetzung der Unterbringungseinrichtungen angebracht sei, da sonst der Verband Gefahr laufe, seinen Kampfschalter zu verlieren.

Im Schluswort konstatierte Schumann, daß im allgemeinen wenig Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes geübt werden sei. Hauptfach ist es drei Punkte, die ironisch nimmt zu klagen gegeben haben. Erstens die nicht erhaltene Konferenz der Hafenarbeiter. Ausschlaggebend war hierbei für den Vorstand, daß aus einer solchen Konferenz auch über die Frage der Tarif gesprochen werden müsse. Und da war der Vorstand der Meinung, daß zweitmäßig über diese Frage nur gesprochen werden könnte, wenn die oberste Instanz des Verbandes, der Gesamtverbandstag, zuerst zu dieser Frage eine Stellung genommen. In diesem laufenden Jahre werde nun in aller Ruhe, unter Berücksichtigung der Verhältnisse des Verbandstages, auf Konferenzen Stellung genommen werden.

Den Wünschen nach größerer, öffentlicher Ausklärung über Bewegungen noch während des Verlaufs derselben sei entsprochen zu halten, daß es manchmal sehr unzweckmäßig sei, noch während des Laufes einer solchen Bewegung derartige Ausschreibungen zu geben. Das sei besonders noch in Hinblick auf die Bremerhavener Bewegung der Fall gewesen. In einem nochmaligen Eingehen auf diefeine empfiehlt Schumann dem Kollegen Trecker-Brenschke deutlich, die Art seines Vorgehens zu ändern und sich weise Zurückhaltung aufzuerlegen. Er ins Auge gesetzte Unstethen eines Beamten der Schuh- und Verkehrscommission sei nicht für ganz Deutschland, sondern nur für die Erledigung der Aufgaben in Bremen geplant. Ob und inwieweit das noch an anderen Orten notwendig werde, darüber müsse man später reden. — Mit der Diskussion auf dem Verbandstage könne man zufrieden sein, da jeder Redner sich

Ganner, stürzte in das brennende Haus zurück, um seine Mutter heraus zu holen, die ebenfalls in das Gebäude eingedrungen war, um die noch darin befindlichen Kinder zu retten. Als er seine Mutter verloren sah, stürzte er sich aus dem brennenden dritten Stockwerk auf die Straße hinab, wo er mit zerschmettertem Schädel lag. Ganner, stürzte in das brennende Haus zurück, um seine Mutter heraus zu holen, die ebenfalls in das Gebäude eingedrungen war, um die noch darin befindlichen Kinder zu retten. Als er seine Mutter verloren sah, stürzte er sich aus dem brennenden dritten Stockwerk auf die Straße hinab, wo er mit zerschmettertem Schädel lag.

## 125 Tote:

Die letzten Meldungen über das große Fischereiunglück in New-Braunschweig in der Bay von Chaleurs am letzten Freitag besagen, daß weit über hundert Menschen ihr Leben dabei verloren haben. Bis jetzt zählte man 125 Tote. 50 Fischerboote sind in dem furchtbaren Sturmwellen gesunken. Die meisten der Toten waren französische Kanadier.

## Dafür fünf Wochen Mittelarrest.

Am Dienstag hatte sich das Kriegsgericht der 1. Garde-Division in Berlin wieder mit einer besonders rohen Soldatenstrafe beschäftigen. Angeklagt war der Unteroffizier Damerow von der 1. Batterie des 3. Feldartillerie-Regiments. Er versucht seine Heldenaten an dem Rekrut Meyer. Im Grunde genommen ist es die alte Geschichte: der Rekrut, der nach Ansicht des Unteroffiziers die Wiedergeschichte nicht gut genug geprakt hat, wurde gequält, bis er bestimmtlos zusammenschrak. Erst mußte er fortwährend zwischen den Butterkästen hin- und herlaufen, dann mußte er beim Rücken zählen. Da er dem Unteroffizier zu langsam zählte, mußte er auch beim Pferdezählen und während, um der Rekrut Schon dieser ununterbrochenen Quälerei fast erlag, erfaßt, er plötzlich, als er in gebückter Stellung beim Pferdezählen war, von hinten über den Kopf und das Gesicht einen Schlag mit dem Baumwollgummi. Der Unteroffizier hatte so häufig geschlagen, daß dem Rekrut schlecht wurde. Als er sich ein wenig erholt hatte, begannen die Quälereien aufs neue. Zwischen den Händen vor dem Gesicht zusammen. Gestreckt hielt er mehrere Minuten diesen Zustand und den Schlag

benehlt habe, nicht andre Schärfe, aber mäßiglich viel Tolle-  
gialität in seine Ausführungen zu legen.

Nach einem kurzen Schlusswort Biededes Magdeburga  
(Muschuk) und einer Reihe persönlicher Bemerkungen wurde der  
Punkt

#### Genossenschaftsatz

behandelt, zu dem als Verlegerstaat Möldner Leipzig re-  
ferierte. Da die gedruckte Tarifvorlage noch nicht zur Stelle ist,  
wird die Diskussion über diesen Gegenstand auf Mittwoch ver-  
tagt.

Von Dreher (Redakteur) wurde sodann das Referat  
über die Presse erstattet. Gegenwärtig hat der "Courier" 245 500  
Auslage. Die Summe seit dem letzten Verbandstage beträgt  
32 000 Exemplare. Über die Haltung des Blattes seien in  
den letzten zwei Jahren erstaunlichweise wenig Beschwerden ein-  
gegangen, gar keine über die fälschliche Haltung des Blattes,  
sondern lediglich solche über die Mängel von Versammlungs-  
berichten.

Wanisch a. Dresden ist mit der Haltung des "Courier"  
einverstanden, doch wünscht er, daß, ohne die scharfe Art, ein  
zuschränken, der Ton ein anderer sein möge. Im weiteren wird  
angeregt, daß der "Courier" mehr über die Streits im eigenen  
Lager informierender wirken soll. Beschllossen wurde, daß künf-  
tig in wichtige Verbandstage-Beschlüsse in Bezug auf Statuten-  
änderung sowie Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes mög-  
lichst in allen Nachorganen veröffentlicht werden. — Dem Vor-  
stand überwiesen zur Berücksichtigung wurden ein Anzahl An-  
träge, die eine bessere Ausgestaltung des "Courier" forderten.  
Anders Anträge wollen eine Beschränkung der Versammlungs-  
berichte, die dadurch gewinnbare Platz soll dann dienen, daß  
mehr Raum für sozial-wissenschaftliche Artikel zur Verfügung  
steht.

Über den

#### Schiedsspruch

referierte dann Döring (Vorstandsmitglied). Wir berichten  
über das Referat und die Debatte morgen im Zusammenhang.

## Verbandstag der Schuhmacher.

Hamburg, den 9. Juni 1914.

#### 2. Verhandlungstag.

In der Debatte über den Geschäftsschreit er-  
stehen sich die meisten Delegierten mit der Tätigkeit des Haupt-  
vorstandes einverstanden. Weitere Redner gingen auf die vom  
Vorstand empfohlenen Änderungen in der Kreiseinteilung ein.  
Der Kreis Preisen soll aufgehoben werden, da sich hier  
keine weitere Entwicklung erwarten läßt. Man erklärte sich mit  
diesen Maßnahmen einverstanden, nur sollte darunter die Agita-  
tion nicht leiden. Die frei werdenden Beamten erhalten An-  
stellung im Hauptbüro. Von verschiedenen Seiten wird der  
Einführung einer Erwerbslosenunterstützung das Wort geredet.  
Bürger Berlin wünscht eine gründlichere Schulung der Mit-  
glieder. Nur auf diesem Wege sei mit Erfolg der ungeheuren  
Fluktuation beizukommen.

Kühn-Löffebach schilderte das traurige Los der jugend-  
lichen Arbeiter und Arbeitertinnen. Der Rückgang, die Degenera-  
tion sei augenscheinlich. Die Jugendlichen in den Fabriken bli-  
ben für die Erwachsenen eine stete Gefahr. Stellen die Kol-  
legen eine Lohnforderung, so drohen die Unternehmer sofort,  
Jugendliche an die Maschinen zu stellen, die dann zu wesentlich  
niedrigeren Lohnsätzen arbeiten müssen.

Ganng Berlin wünscht die Maisterfrage geregelt. Be-  
hauerlich sei, daß der Vorstand keine Aussöhnung zur Arbeits-  
ruhe am 1. Mai im Hochhalt erließ. Es sei an der Zeit, in  
dieser Angelegenheit eine Konsolidierung nach links vorzunehmen.

Frau Delb-Pirnatens besagt die Interesslosigkeit der  
Kollegen gegenüber der Agitation unter den Arbeitertinnen. Die  
Männer sollten doch nicht vergessen, daß die Hungersöhne der  
Frauen nicht ohne Rückwirkung auf ihren Verdienst sind. In  
Aufsicht müsse eine intensivere Agitation von Haus zu Haus ver-  
trieben werden.

Eduard München spricht sich für die Erwerbslosen-  
unterstützung aus. Unter dem Druck der Verhältnisse würden  
die Gemeindeverwaltungen genötigt, Zuschüsse zu den Arbeits-  
losenunterstützungen zu leisten. Da aber in der Regel der-  
artige Subventionen nur so lange gewährt werden, als der Ver-  
band Unterstützung gibt, so würden die Schuhmacher bei ihrer  
kurzen Unterstützungs-dauer während der Arbeitslosigkeit benach-  
teiligt. Daher müsse die Arbeitslosenunterstützung neu geregelt  
werden.

schenkel, weil er die keine angeblich nicht hoch genug heraus-  
bringe. Weiter rührte der Reiter eine zirka 80 Meter lange  
Stallgasse auf und abtraben. Der Reiter begann über diese  
Lücke zu weinen, der Unteroffizier ließ sich dadurch nicht  
von weiteren Quälereien abholzen. Er bestieß den Soldaten die  
Treppe hinauf und hinunter, bis der Wirkhandelte  
schließlich auf seiner Stube besinnungslos zusammenschlug. Der Dämmerzugstand dauerte fast zwei  
Stunden. Der Soldat mußte einem Wahnsinnsanfall nahe gewe-  
sen sein, denn auf dem Transport zum Lazarettschiff er fort-  
während Angstschreie aus: „Herr Unteroffizier, lassen Sie mich  
doch, schlagen Sie mich doch nicht mehr, ich kann ja nicht  
mehr!“ Erst im Lazarettschiff kam er wieder zur Besinnung. Der  
als Sachverständige bestimmte Oberstabsarzt befürbete vor dem  
Kriegsgericht, daß bei dem Wirkhandelte eine Schirn-  
schaffierung konstatiert worden sei. Schon das Quälen  
ohne die Wirkhandlungen, wie es der Angeklagte  
mit dem Rekrut vorgetragen habe, könne genügen, um einen  
Mann in jenen Dämmerzustand zu versetzen. Pflichtig und för-  
derlich sei der Kontrier derart angestrengt worden, daß eine  
solche nachteilige Wirkung einztreten konnte.

Das Kriegsgericht kam zu der Überzeugung, daß der An-  
geklagte den Untergaben systematisch gequält, und daß ein mi-  
oder schwerer Fall vorliege. Es verurteilte den Unteroffizier zu  
fünf Wochen Mittelstrafe.

#### Überglaube und Irrsinn.

Drei Kinder von ihrer wahnsinnigen Mutter hingerichtet.

Das Überglauben und Irrsinn wurde ein furchtbartes Ver-  
brechen in dem spanischen Dorfe Palacios Rubios bei  
Madrid verübt. Eine Frau Maria Bró hatte ihrem Pfarrer  
mitgeteilt, ihr Mann und drei Kinder seien „dem Teufel be-  
lassen“, weshalb sie gedenke, die Verlorenen umzubringen und  
„Gott zu opfern“. Der Geistliche riet der trüchtigen Frau  
energisch ab und glaubte nicht, daß sie die angekündigte Tat  
ausführen würde. Gestern früh wurden nun in der Wohnung  
der Frau drei Kinder mit geschwitzten Kleidern  
tot aufgefunden. Die Frau hatte sich nach dem Verbrechen  
im Biebrumen ertrankt.

Karl Freytag f. Am Mittwoch morgen verstarb in Berlin  
der Rektor der Berliner Journalisten, Karl Freytag,

Erst kurz vor der Verhandlung fand die Debatte durch einen  
Schlußantrag ihr Ende. Simon ging in seinem Schluß-  
bericht auf die verschiedenen Anregungen aus der Diskussion ein.  
Von einer Rendition der Arbeitslosenunterstützung verspricht er  
sich nicht das, was Neubauer erwartet. Zu der Maßstabsfrage  
siehe er nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die absolute  
Freiheit am 1. Mai die würdigste Form sei. Begrüßen und be-  
herzigen müsse man die Ausführungen Burgers-Berlin über das  
Spielen und Wetten, und ihr Kampf gegen diese Erscheinung  
hilft der Redner um die Unterstützung aller Berufenen.

Die Abstimmung über die Anträge erfolgt morgen.

## Gewerkschaftliches.

#### Die Sonntagsruhe.

Tu sollst den Feiertag heilig, sagt ein göttliches Gebot.  
Danach müßte die Kirche die eifrigste Verfechterin des Sonntags-  
ruhegedulds sein. Wie steht nun über ihre Haltung in dem  
gegenwärtigen Kampf um die handelsgewerbliche Sonntagsruhe  
aus? Das zeigt ein Vorgang in der Stadt Eisenach, über den die „Handels-  
zeitung“ berichtet. Da sprach ein Herr Pastor Jagig über die Sonntagsruhe.  
Er dankte u. a. der Staatsregierung für das große Verdienst, das sie dieser Frage entgegengebracht  
hat. Aber ganz aufsreidet war dieser Herr mit den gegenwärtigen  
Zuständen doch nicht. Sonntagsheiligung ist es, so  
sahnte er aus, wenn Verbrüder am Sonntag bis kurz vor Gott-  
dienst beschäftigt werden, wenn am Karfreitag, unserem größ-  
ten Feiertag, Kirchen gebeten werden, wenn Vereinsver-  
anstaltungen gerade während des Gottesdienstes  
abgehalten und ähnliches mehr. Weiter witterte er  
gegen die Abhaltung von Tanzfeierlichkeiten am Sonnabend abend.  
Auch an die führenden Alteierstättler richtete der gute Mann die  
Fäuste, ihre Flüge nicht getreue am Stunde des Sonntagszettel-  
dienstes auszuführen. Nach einer längeren Ausprache wurde  
von der Versammlung eine Entschließung angenommen, in der es  
heißt: „Sie (die Versammlung) bittet die königliche Staats-  
regierung, auch weiterhin die streng Durchführung der bestehenden Sonntags-  
festsetzung zu fordern nach dem Gesetz vom 19. September 1879 im Interesse nicht nur der  
Kirche, sondern des gesamten Volkes zu veranlassen. Dazu er-  
scheint aber dringend erforderlich, daß die durch Gesetz vom  
5. Oktober 1910 erlassenen Abänderungen der §§ 6-8, wo-  
nach Tanzmaße und Vergnügungen am Sonnabend zu Sonn-  
und Feiertagen bis 2 Uhr morgens gestattet sind, zurückgezogen  
werden. Diese Aufhebung der genannten Paragraphen zu er-  
biten, erscheint der Deputationsversammlung ernst Gewissenspflicht.“

Das war alles, was die Herren zu fordern haben! Es ist  
ihnen Gewissenspflicht, zu fordern, daß die Tanzvergnügungen  
an Sonnabenden der Feiertage untersagt werden, aber sie können  
es mit ihrem Gewissen vereinbaren, wenn Angestellte und Ar-  
beiter nicht nur Sonntags vormittags, sondern auch Sonntags  
mittags und sogar Sonntags abends zur Arbeit angehalten wer-  
den. Sie wollen dagegen, wenn sich jemand am Karfreitag  
seinen Osterkuchen backt, aber die hohen Herren finden es ganz  
in der Ordnung, wenn zum Beispiel die Bädergesellschaften gezwungen  
werden, an den Feiertagen, auch am Karfreitag ihre Ar-  
beit zu verrichten und wenn die Ladenangestellten die Bad-  
karten den ganzen Sonntag hindurch feilzuhalten haben. Welche  
Heuchelei, welches Pharisäertum drückt sich doch in der Haltung  
dieser Geistlichen aus! Soziale Besinnung von diesen Leuten  
zu fordern, auf den Schanzen wird wohl in leicht memone kommen.  
Die evangelischen Geistlichen geben an Kapazitätsfähigkeit  
an die Forderungen des Umweltverbands, wie dieses Beispiel  
zeigt, den Bentumspfaffen nichts nach.

#### Stadt und Provinz.

Verband der Steinzeiger usw. Deutschlands. Die Sperrre über  
die Firma Heinrich Döring-Hirschdorf i. R. ist  
erledigt. Erfolg wie erwünscht.

Das Arbeitsamt. II. A.: Die Gauleitung.

#### Deutsches Reich und Ausland.

Eine Tagung des Werkmeisterverbandes. Der deutsche Werk-  
meisterverband soeben nach Köln einen „Werkmeistertag“  
ein. Der Verband zählt jetzt über 63 000 Mitglieder. Er feierte  
sein 30jähriges Bestehen. Durch Ergebnißlistetelegramme und  
eliche Kaiserhochs bezeugten die Herrschaften ihre Loyalität.  
Interessant waren die Ausführungen des Verbandspräsidenten Dr.  
Werner über das Verhalten der Werkmeister beim  
Streit. Gegenüber den Angriffen auf den Verband, daß dieser

nicht an die Seite der Herrschaften trete, müsse erklärt werden,  
die deutschen Werkmeister streiten nicht und können nicht  
mals streiten, da ihrer zu wenig sind. Bei der sehr er-  
sten längeren Kündigungsschrift von mindestens einem Mo-  
nath würden ihre Stellen in solchem Falle besetzt werden, bevor  
zum Ausstand käme. Der Verband müsse also ausdrücklich  
gegen seine Mitglieder und seinen Stand einen Streit able-  
nen. Diese Stellungnahme behindere jedoch den Verband nicht  
die Rechte seiner Mitglieder gegenüber den Arbeitgeberverbänden  
mit allem Nachdruck zu wahren und zu vertreten.

Wenn die Werkmeister schon vorher erklären, daß sie kein-  
wegs streiten wollen, dürfte es mit dem Misstrauen der Unter-  
nehmerorganisationen vor dieser „nachdrücklichen Standesver-  
tung“ nicht weit her sein.

Ausperrung der Dachdecker in Celle. In Celle hat sich die Dachdeckergejellen mit den Unternehmern über die Ren-  
nung der Arbeitszeit an den Sonnabenden geeinigt. Es soll  
an diesen Tagen statt um 8 Uhr um 4½ Uhr Feierabend sein,  
ohne Werkpaupe betrug an Sonnabenden die Arbeitszeit ne-  
ben 8 Stunden. Bezahlte sollte nur die wirklich geleistete Arbeits-  
zeit. Als der Unternehmerverband im Baugewerbe dage-  
genau ordnete er an, wer um 4½ Uhr am Sonnabend Feier-  
abend macht, wird ausgepakt. Tatsächlich sind dann auch  
einer Werkstatt am Sonnabend, den 6. Juni, die Gesellen ent-  
lassen worden. Daraufhin haben am Montag früh sämtliche  
Dachdecker die Arbeit eingestellt. Zugang ist fern-  
halten.

Streit der Marine-Ingenieure in England. Der Exeku-  
tivausschuss der Marine-Ingenieure beschloß, den Streit zu  
klären, um bessere Gehälter und Arbeitsbedingungen, wie  
länglich vergeblich gefordert wurden, zu erzielen. Der Termin  
für den Beginn des Streits ist noch nicht festgesetzt. Man  
wartet, daß sich die Bewegung auf die Frachtdampfer durch den Streit  
nicht berührt werden.

## Parteianangelegenheiten.

Zur Frage des Verhaltes beim Kaiserhoch läßt sich  
auch Genosse Grabauer in der „Dresdener Volkszeitung“ hören:

Eine bestimmte Feststellung über Sinn und Zweck

Beschlusses ist nicht vorhanden, und die Gründe, die für die einzelnen Parteien offenbar waren,

mögen verschiedenartig gewesen sein. Es kann aber

festgestellt werden, daß bei den Erklärungen in der Fraktion

als wesentlicher Grund hervortrat, der bisherige Brauch, d.

Hinzu gehörte vor dem Kaiserhoch, bei der gestiegenen

Mitgliederzahl der Fraktion unangenehm und peinlich

worden.

Unsere Partei ist doch der Ansicht, daß wir die Gege-  
bene Gelegenheit unserer Gründe treff-  
wollen. Es ist unsere Aufgabe, die monarchische Staatsfor-  
m als unlogisch und ungünstig für die Entwicklung des  
Völker nachzuweisen. Aber ein möglichst unbedenkliches  
nehmen bei einem Kaiserhoch ist weder ein geeigneter  
Mittel, die monarchische Staatsform zu bekämpfen, noch ist  
eine Leistung, die Mut und geistige Ausstrahlung erfordert.  
Männer wie Bebel und Liebknecht haben doch wahrhaft  
aus ihrer republikanischen Überzeugung kein Heim  
gemacht. Sie sind aber — auch in der Zeit, als das schmähliche  
Ausnahmegesetz sie bedrückte — niemals auf den eigenartigen  
Gedanken gekommen, durch Sittenlosen bei dem Kaiserhoch  
eine politische Tat verrichten zu können. Bebel und Liebknecht  
haben auch die Auffassung, zu der jetzt der „Vorwärts“ gelan-  
t ist, nicht gefaßt, daß die bürgerlichen Parteien, indem  
ein Kaiserhoch anstimmen, eine Annahme und Bergewaltig-  
keit uns Sozialdemokraten verlieren. Wenn die bürgerlichen  
Parteien des Glaubens sind, durch Hochzeit auf Fürsten ih-  
re Gesinnung zeigen zu sollen, so kann uns Sozialdemokraten d-  
auch erordentlich gleich geltig sein, vergewaltigt werden,  
wie dadurch nicht im geringsten. . . . Für uns Sozialisten  
die Frage der Staatsform nur eine Frage zweiten Ranges.  
Eine Republik mit kapitalistischer Bourgeoisieherrschaft  
durchaus nicht das Ziel unserer Wünsche, sie kann  
schlechtere Zustände für die arbeitenden Massen an-  
zeigen, als ein Staat mit monarchischer Spilit.  
Wir bekämpfen nicht den Monarchen, der wie auch der  
„Vorwärts“ nebenbei — seine sonstigen Darlegungen selbst an-  
behend — sagt, doch nur ein Instrument in der Hand der  
herrschen Klassen sein kann. Unser Kampf gilt dem ge-  
samten kapitalistischen Wirtschafts- und Herr-  
schaftssystem.“

Soldaten des gleichen Regiments, überraschend angegriffen. Die  
unerlaubte Einkehr in dem Wirtshaus kam den Vorgesetzten zu  
Kenntnis, und es wurde eine Untersuchung eingeleitet. Die  
60 Einjährige wurden zwar nicht vor das Kriegsgericht  
gestellt, sie erhielten aber im Disziplinarweg drei, fünf und  
sieben Tage Arrest.

Vorläufig unschädlich gemacht. Der durch seine zweifel-  
haften Planöver mit Berliner Arbeitslosen befann gewordene  
angebliche Direktor Barum stand vor der Strafkammer des  
Landgerichts II in München, um sich wegen zahlreich  
Heiratswidrigkeiten zu verantworten. Er heißt  
Wirklichkeit Deiner, stammt aus Augsburg und ist wegen aller  
möglichen Hochstapeleien vorbestraft. Es wurde ihm zur Le-  
gelegt, Kellnerinnen und anderen weiblichen Personen, die sich  
um Stellungen an ihn wandten, in betrügerischer Weise die  
Heirat versprochen zu haben. Zur Verlaufe der Verhandlung er-  
zählte er auch allerhand darüber, wie er die Organisation der  
Arbeitslosen habe in Betrieb setzen wollen. Er richtete nicht nur  
ein Gesuch an den König von Bayern, sondern schrieb auch an  
einige preußische Behörden, daß die Angelegenheit sehr eile, d-  
er persönlich dem Reichsoberhaupt Vortrag halten müßte. Der  
Gericht verurteilte ihn zu fünf Jahren Gefängnis. Wegen der von dem Verurteilten begangenen Arbeitslosen-  
Schwindelerie schwiegt noch das Verfahren bei den Berliner  
Gerichten.

Ein belgischer Bankier unter Verdacht verhaftet. Großes Aufsehen erregt in Konstantinopel die Verhaftung  
des in Galata wohnenden belgischen Bankiers Charles Helbig  
der unter dem Verdacht steht, seinen Onkel Albert Helbig  
dessen Universalerbe ist, ermordet zu haben. Albert Helbig  
wurde vor mehreren Monaten in einem Kloster von Galata, n-  
er an Arme Brot verteilt ließ, erschossen aufgefunden. Bei  
der ersten Untersuchung nahm man Selbstmord an, obgleich die  
Wolfsmund sofort den Neffen, der ein bekannter Lebensmann i-  
des Mordes beschuldigte. Die weitere Untersuchung ergab die  
Wahrscheinlichkeit, daß Charles Helbig zwei Italiener, die er als  
Expres verhaftet ließ, für die Ermordung des Onkels gewin-  
nen wollte. Ferner wurde konstatiert, daß der Neffe im Augenblick des angeblichen Selbstmordes bei seinem Onkel weilte.  
Der Tote, der eine Schußwunde in der rechten Schläfe hatte,  
hielt seinen Kneifer in der rechten Hand. Nach einer neuen Un-  
tersuchung der exhumierten Leiche ordnete das belgische Kom-  
militärische Gericht die Verhaftung Charles Helbig's an.

Metzger Mörder.

Aus Braunschweig wird gemeldet: In dem Dorf  
Wendeburg spielten Knaben mit einer scharfen Patrone,  
die ein achtjähriger Knabe namens Fritz mit einem Stein-  
doraufschlag, explodierte. Ein Knabe erhielt eine bei-  
blutende Wunde an der Wange. Fritz elte, als er sah, welche Folgen seine Spielerei hatte, nach Haus und brachte sie  
einem schärfen Spargelmesser einen tiefen Schnitt an. Dasselbe tat der Arzt rittet den Knaben.